

Bezugspreis:
Erschließ 70 Pfennig, monatlich
5.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Woll und Zeit' mit 'Streb-
lung und Kleingarten' sowie der
Beilage 'Unterhaltung und Wissen'
und Frauenbeilage 'Frauenstimme'
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigens-
zeile 70 Pfennig, Reklamens-
zeile 4.- Reichsmark, 'Kleine Anzeiger'
das festgedruckte Wort 20 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295
Verlag: Tönhoff 2306-2307

Sonnabend, den 14. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollschekkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direktion
der Volksbank-Gesellschaft, Tschostenkasse Lindenstraße 3

Der Anschlag auf Seecht.

Neumanns Enthüllungen im Leipziger Prozeß.

Leipzig, 13. Februar.

Es wird in der Behandlung der Kraftwagenangelegenheit fort-
geführt.

Angell Neumann: Franko verlangte bezüglich des Kraft-
wagens aber noch eine Rücksprache mit Pöck.

Vorj.: Warum gerade mit Pöck?

Angell Neumann schildert nun, wie der Kraftwagen einen
anderen Besitzer erhalten hat: Ich selbst hatte keinen solchen Käufer
an der Hand und wandte mich deshalb an den Sekretär der militä-
rischen Abteilung, Krebs, der mir riet, mich an den Arzt
Dr. Klauber zu wenden. Als ich erwiderte, ich hätte keine Be-
ziehungen zu Klauber, sagte mir Krebs, Klauber hat gute Bezie-
hungen zu Münzberg, dem Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe
(I.A.H.) in Deutschland. Münzberg werde mir ein Empfehlungs-
schreiben an Klauber geben. Dies geschah auch, und Klauber erklärte
sich schließlich auch nach einigen Einwendungen bereit, als Schen-
kung aufzugeben. Als ich das 'Helmuth' meldete, erhielt ich
am nächsten Tage von Krebs die Nachricht, daß das Auto nicht in
den Besitz eines Berliner Herrn, sondern eines in einer anderen
Stadt wohnenden Scheinführers übergeben sollte. — Neumann
kommt dann auf einen charakteristischen Vorfall zu sprechen, der
sich noch vor dem Erwerb des Kraftwagens abgespielt haben soll.
Als er zur Ausführung des Attentats auf Seecht durch einen
Kraftwagen verlangte und diesen nicht erhielt, soll Heinz Neu-
mann angeregt haben.

den Kraftwagen zu 'Mauen', den Brandler immer zu seinen
Fahrten zu den Fünfer-Kopf-Sitzungen benutzte.

Da aber diese Sitzungslokale streng geheim gehalten wurden, habe
man sich an Ruth Fischer gewandt, die sich auch bereit erklärt
habe, kurz vor jeder Fünfer-Kopf-Sitzung Heinz Neumann den drei
Mitgliedern. In den Mitteilungen der Gruppe werde es dann liegen,
sich in einem unbewachten Augenblick in den Besitz des Brandler-
Wagens zu setzen.

Vorj.: Es handelt sich dabei um eine Differenz zwischen Ruth
Fischer und Brandler. Ruth Fischer soll ihnen selbst nahegelegt
haben, das Auto zu 'Mauen'.

Angell.: Ja, und sie sagte auch noch, wie sollten Brandler die
Jode voll machen.

Vorj.: Wie hoch waren die Gehälter, die sie für die Mitglieder
Ihrer Gruppe aus der Kasse der R.-Abteilung erhielten?

Angell.: Sie entsprachen der Höhe der Parteigehälter und waren
nach dem in der 'Roten Fahne' veröffentlichten Inter berechnet.
Zuletzt nach Einführung der Rentenmark beliefen sie sich auf
wöchentlich 60 Mark, wozu für die Verheirateten eine Zulage von
50 Proz. trat.

Rechtsanwalt Neumann teilt dann mit, daß nach einer Auskunft
vom Finanzamt Börse in Berlin die Stempel auf der
Zulassungsbescheinigung des Wagens gefälscht seien. Der Vorsitzende
verweist dann auf einen feinerzeit bei Neumann beilagenden
und bei den Akten befindlichen Brief, den dieser am 17. Dezember
1923 an Trojki gerichtet, aber nicht abgehandelt hat. Der Brief,
den der Angeklagte niegelesen, wurde, wie der Vorsitzende be-
merkt, von der Stenotypistin 'Lu' nach Neumanns Diktat
geschrieben. In diesem Schreiben nennt Neumann einleitend
klar auf Verlesung. In diesem Schreiben nennt Neumann einleitend
als neue Kampfmethode die Mittel, die über den Rahmen der alten
propagandistischen Kampfmethode hinausgehen. Besonders ge-
eignet sei die Anwendung des persönlichen Terrors. — Neumann
bezeichnet sich dann in dem Brief, daß ihm von der Leitung des
Parteitages und von dem Genossen 'Helmuth' zur Erledigung seiner
Aufgabe weder die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, noch die
erforderliche Zeit gelassen werde. Er habe bisher etwa nur 500
Dollars erhalten.

Angell.: Den Brief habe ich nicht abgehandelt, weil ich die offi-
ziellen Parteinstanzen nicht übergehen durfte.

Rechtsanwalt Neumann: Der Angeklagte hat bisher immer ge-
sagt, die Partei stehe hinter seiner Gruppe. In dem Brief sagt er
aber, daß der Fünfer-Kopf ihm nicht die nötige Unterstützung ge-
währe. Das ist doch ein Widerspruch.

Angell.: Ich meine damit die geldliche Unterstützung. Ich
habe dann auch in dieser Angelegenheit einen Brief an Brandler
gerichtet und dabei von meiner Aufgabe, Seecht zu erledigen, ge-
sprochen, weil Brandler um diese meine Aufgabe wußte. — Ich
erhielt das Geld niemals direkt vom Fünfer-Kopf, sondern von 'Hel-
muth' persönlich.

Es werden dann zwei weitere Briefe vorgelesen, die der Angeklagte
ebenfalls am 17. Dezember 1923 an den Genossen 'Joseph'
(Brandler) richtete, aber ebenfalls nicht abhandelt, weil inzwischen eine
persönliche Aussprache stattfand. Die Briefe wurden später im
Werkzeugkasten des Angeklagten gefunden. In beiden Briefen führte
er ebenfalls Beschwerde darüber, daß er von 'Helmuth' nicht die
verprochenen 5000 Dollars zur Ausführung des Seecht-Attentats
erhalten habe, obgleich diese Summe doch das Mindestmaß des
Notwendigen darstelle. Es sei ihm mit der Erfüllung seiner Auf-
gabe sehr ernst, und er wolle sie nicht an der Unzuverlässigkeit
'Helmuths' scheitern lassen. Der Angeklagte Neumann erklärt hierzu,
daß der Inhalt beider Briefe derselbe sei. Er habe sie feinerzeit
Boege diktieren.

Vorj.: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt, der Anschlag
diesem Brief sei die Ursache gewesen, daß das Direktorium über die
Unfähigkeit der Tscheta sich beschwert habe. Ist Direktorium das-
selbe wie Fünfer-Kopf?

Angell.: Der Fünfer-Kopf wurde später aufgelöst und ein
Direktorium gebildet, nachdem Brandler nach Moskau gerufen
worden war. Das Direktorium bestand aus drei Personen.

Vorj.: Wie hat sich denn Brandler nun geäußert?

Neumann: Er sagte, ich müßte auf die Geldverhältnisse in der
Partei Rücksicht nehmen. Es sei nicht mehr so wie vorher, als der
militärische Apparat gebildet wurde. Es seien wesentliche Abstriche
vorgesehen worden, und ich müßte deshalb mit geringeren
Mitteln meine Aufgabe erfüllen. Er gab mir darauf
aus eigenen Mitteln Geld.

Vorj.: Doch wohl aus Mitteln der Zentrale?

Angell.: Das weiß ich nicht. Jedenfalls gab er mir für jedes
Mitglied der Gruppe 10 Mark, die ich als Vorschuß betrachtete.

Vorj.: Hatten Sie damals schon versucht, Seecht über den Haupte-
zu schicken?

Angell.: Darüber möchte ich mich später äußern.

Vorj.: Aber die Ausführungsarbeiten hatten schon begonnen?

Angell.: Jawohl.

Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Nach der Mittagspause führte Rechtsanwalt Dr. Schindler
Klage darüber, daß sich am letzten Verhandlungstag im Aufenhalts-
raum der Angeklagten württembergische Kriminalbeamten aufhiel-
ten. Der zuständige Gefängnisbeamte bestätigte diese Angaben
und erklärte, daß man nicht feststellen könne, wie die Beamten dort
hineingekommen seien. Auf jeden Fall seien sie sofort hinaus-
gewiesen worden. Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Löwen-
thal lagte der Vorsitzende eine Untersuchung der Angelegenheit zu.

Vorj.: Im Werkzeugkasten Ihres Autos
wurde auch eine von Ihnen verfaßte Denkschrift an das Reichs-
direktorium gefunden, die sich mit der
Organisation von I-Gruppen
bezieht.

Neumann: Es handelt sich darum, einer bestimmten Stelle die
Verantwortung für die uns übermittelten Nachrichten zuzuschreiben.
Die mitunter nicht ganz richtig waren. Weiter habe ich darauf
den Vorschlag gemacht, die örtlichen in jedem Oberbezirk zu
bildenden I-Gruppen der Reichs-Tscheta-Leitung zu unterstellen
und diese zentralen Gruppen nicht mehr mit der Ausführung der
Aufgaben selbst, sondern nur mit ihrer Überwachung eventuell
der Mitwirkung daran zu beauftragen. Die Erfahrung hat gelehrt,
daß sonst Verzögerungen der Arbeit eintreten.

Vorj.: Sie haben früher immer davon gesprochen, daß Sie
keine zentrale Tscheta, sondern nur eine Gruppe für Ber-
lin geschaffen hätten. Hier sprechen Sie aber von einer zentralen
Tscheta.

Angell.: Meine Gruppe war auch eine zentrale I-Gruppe, die
nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich die Aufgabe hatte,
Terrorakte zu übernehmen. — Die Denkschrift wird hierauf vorgelesen.
Der Vorsitzende stellte dann fest, daß bei der Durchsicht bei einer
jungkommunistischen Organisation ein Organisations-
plan der Tscheta gefunden worden ist.

Hierauf begann die Erörterung der einzelnen Fälle.

Vorj.: Sie haben gesagt, Sie hätten von 'Helmuth' den
Auftrag, und
zwar mit Wissen und Einverständnis der Zentrale, den Chef
der Heeresleitung, General v. Seecht, zu erledigen.

R.-A. Dr. Woff: Er hat bisher nicht gesagt, daß im Einver-
ständnis mit der gesamten Zentrale dieser Auftrag erteilt worden ist.

Neumann: 'Helmuth' sagte, die erste Aufgabe der I-Gruppe
sei es, General v. Seecht zu erledigen. Wir hätten zwei Monate
Zeit dazu gebraucht. Er sagte mir, er sei gespannt, welche Gruppe
nun das Unternehmen zuerst durchführen werde, denn es sei noch
eine andere Gruppe beauftragt, Seecht zu erledigen. Ich hatte das
Empfinden, er sage das nur, um mich anzuspornen.

Vorj.: Hatten Sie denn keine Bedenken, dem 'Helmuth'
unbedingt Folge zu leisten?

Neumann: Ich hätte ja die Anweisung, alle Aufträge von 'Hel-
muth' unbedingt durchzuführen. Ich betrachtete mich,
als im Dienst der Partei stehend.

Vorj.: Hat 'Helmuth' gesagt, daß der Fünfer-Kopf oder die
Zentrale damit einverstanden seien?

Angell.: Jawohl, er sagte, der Fünfer-Kopf hätte die Beseiti-
gung Sechts befohlen. Den Auftrag erhielt ich Mitte November
1923. Ich hatte auch den Eindruck, daß Brandler damit einverstan-
den war und

ähnlich berichtete mir Heinz Neumann von Ruth Fischer.
Die Auftragserteilung erfolgte hierbei in einer persönlichen Rück-
sprache mit 'Helmuth'.

Vorj.: Sagte 'Helmuth' Ihnen, wie das am besten durchzu-
führen sei?

Neumann: Er sagte, am besten durch Bomben.

Der Angeklagte schildert dann eingehend seine Vorbereitungen
für dieses Attentat. Zunächst verpflichtete sich Neus als Mitglied,
dann kauften sie sich bei Wüstein die 'Illustrierte Zeitung', aus der
sie sich ein Bild Sechts heraus schnitten, da keiner von ihnen Seecht
persönlich kannte. Alle anderen wurden erst später verpflichtet. Man
versuchte dann die Adresse Sechts festzustellen, der im Reichs-
wehrministerium in der Bendlerstraße wohnte. Neumann und Neus
beschlossen dann, dieses Gebäude zu beobachten, um festzustellen, zu
welchen Zeiten Seecht das Gebäude verließ. An dieser Beobachtung
nahmen später auch Szon, Heinz Neumann, Boege und
Schadrowski teil. Boege war bis dahin Adjutant des militäri-
schen Oberleiters von Thürmann, Neubauer, von dem er ent-
lassen worden war. Keinem Mitglied der Gruppe gegenüber ist der
Ausdruck 'töten' gefallen. Es ist immer gesagt worden, 'der Mann
ist zu erledigen.'

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Kund um den Skandal.

Barmats Anfang in der Kaiserzeit. — Haftentlassung
Werthauers.

Der Untersuchungsausschuß des Reichs-
tages hat gestern mit der Untersuchung des Falls Barmat
begonnen. Er muß in vielen Punkten in Frage und An-
wort noch einmal das Material durcharbeiten, mit dem der
Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags sich zwei
Wochen lang beschäftigt hat.

Dennoch hat er gleich am ersten Tage eine interessante
Feststellung gebracht. Herr Barmat ist nicht, wie die Presse
der Rechten tagaus, tagein schreit, eine 'Revolutions-
größe'. Er ist es ebensowenig wie die Herren Ruhe und
Hellwig, ebensowenig wie das Direktorium der Staats-
bank, durch dessen sträfliches Versagen die an die Staatsbank
anknüpfenden Skandale erst möglich wurden. Die Herren der
Staatsbank, deren Rolle in all diesen Skandalaffären der
interessanteste und entscheidende Punkt ist, sind eine Erbschaft
des kaiserlichen Deutschland. Beamte vom alten Schlage, die,
um mit der 'Deutschen Zeitung' zu reden, ihr Examen ge-
macht haben, und Station für Station aufgestiegen sind.
Selbstverständlich stehen sie politisch rechts. Was ist's mit
ihnen? Was ist's mit der Beteiligung der Staatsbank?

Also diese Herren sind ein Requisite des kaiserlichen Re-
gimes. Aber, o Wunder, auch Herr Barmat ist ein Re-
quisite des kaiserlichen Regimes. Das ist die
Feststellung, die der Untersuchungsausschuß des Reichstages
hatte auf Grund des Aktenstudiums und auf Grund von
Zeugenaussagen getroffen hat. Der Anfang seiner Bezie-
hungen zu Reichsämtern stammt nicht aus der Revolutionszeit —
er hat schon seit 1916 mit ihnen Geschäfte gemacht, seit jener
Zeit, wo die Schwerindustrie, die Siemens und Hugen-
berg, am Reich mit ihren Kriegslieferungen verdienten
und den Anstoß zur Vernichtung der deutschen Währung
gaben. Schon damals hat Herr Barmat seine Geschäfte
mit Reichsämtern gemacht.

Seit Wochen hat die reaktionäre Presse eine Stimmung zu
verbreiten verstanden, als ginge von der Firma Barmat —
nur von dieser — ein Besthauch aus und als sei jeder pest-
verdächtig, der einem Barmat jemals die Hand gereicht hat.
Was sagen nun diese Heuchler zu der Feststellung, daß die Be-
ziehungen der Reichsregierung zu Barmat schon in der hoch-
gelobten Kaiserzeit ihren Anfang gefunden haben?

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Land-
tags ist gestern endlich an einen erheblichen Punkt seiner
Beweiserhebung gekommen. Der preussische Finanzminister
von Richter und der Staatsbankpräsident
Schröder sind über die Geschäftsgebarung der Staats-
bank, die Verantwortlichkeitsfrage, die Or-
ganisation des Staatsbankdirektoriums ge-
hört worden. Es hat im Planc der im Schmutz des Skandals
mit Behagen wühlenden Parteien gelegen, diese ernsthafte,
der Klärung dienende Vernehmung zu verschleiern. Hinter
einem Schmutzhaufen von Umwürfen, Verdächtigungen, Ver-
leumdungen sollte der Kern des Skandals verschwin-
den: das Versagen der Staatsbank, die großen
Unregelmäßigkeiten, die leitende Staatsbank-
beamte sich haben zuschulden kommen lassen. Man hat
Schmutz auf Schmutz gehäuft, um den Fall Staatsbank zu
verbergen.

Es ist nicht ohne inneren Zusammenhang, daß gerade an
dem Zeitpunkt, an dem der preussische Untersuchungsausschuß
in ein ernsthaftes Fahrwasser einlenkt, die Rechtspresse eine
neue lärmende Schmutzkampagne beginnt. Die
Beurlaubung des Polizeipräsidenten Richter gibt ihr den
Anlaß dazu. Nun fällt sie über Richter her mit Anschuldig-
ungen, wie man sie sonst nur in den berüchtigten Revolver-
blättern lesen kann. Stück für Stück wird das Privatleben von
Richter durchstöbert. Man denkt an die Art und Weise,
wie eine servile Polizei der ehemaligen Kronprinzessin von
Sachsen bis ins Schlafzimmer und in den Nachtschlaf nach-
stöberte.

Wenn Zeitungen vom Schlage des 'Lokal-An-
zeiger' und der 'Berliner Börsenzeitung' sich im
Schmutz der Verleumdung mit Behagen wälzen wollen, ist
das ihre Sache. Es hat jedoch den Anschein, daß sie zu ihrem
Verleumdungsgeschäft von amtlichen Stellen Material
erhalten, sei es von der Kriminalpolizei, sei es von der Staats-
anwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat selbst den höchsten
Landesbehörden keine Mitteilungen gemacht, daß gegen
Richter Material vorliege, das ihn kriminell belastet. Die
Skandalpresse kann jedoch — offenbar auf amtliches Material
gestützt — eine neue Verdächtigungskampagne gegen Richter
eröffnen.

Das ist ein öffentlicher Skandal, genau so wie
das Treiben der Rechtspresse während der vierzehn Tage
Untersuchungsausschuß ein öffentlicher Skandal ist.

Hinzu kommt das Gebaren der Staatsanwalt-
schaft, das durch den Fall Werthauer abermals be-
leuchtet wird. Der Rechtsanwalt Werthauer wurde durch
die Staatsanwaltschaft festgenommen, der zuständige Richter

hat ihn sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Warum die Festnahme? Was sind die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft?

Die Art dieser Verhaftung ist ebenfalls ein Skandal. Die „Vossische Zeitung“ stellt folgendes fest:

„Der Justizrat Werthauer, zu dessen jüngeren Söhnen Engelbert gehört, hat die Staatsanwaltschaft tatsächlich „vorläufig festgenommen“. Zu diesem Zweck hat sie

1. seine Privatwohnung mit einem Massenauflauf von Kriminalbeamten umstellt,
2. einen Staatsanwalt mit dem Flugzeug nach Dresden geschickt,
3. den von Dresden mit dem ersten erreichbaren Zug heimkehrenden Werthauer am Anhalter Bahnhof verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Man kann nicht leugnen, die großen Vorbilder, die der Film seit Jahren vorführt, sind nicht ohne Wirkung geblieben. „Roderer“ kann eine Staatsanwaltschaft nicht gut arbeiten. Nimmt man noch hinzu, daß „geeignete“ Presseberichterstattung von zuständiger Seite so rechtzeitig informiert wurden, daß sie jeden Akt des „gewaltigen Dramas“ als Augenzeugen mitmachen und darüber den Lesern ihrer Blätter einen ausführlichen Bericht vorlegen konnten, so hat man alles, was zum Bilde gehört.“

Das ist nicht Rechtspflege, das ist übelster Sensationsfilm. Die Staatsanwaltschaft kannte den Termin der Rückkehr Werthauers. Wozu der Vergnügungsflug des Staatsanwalts Caspar nach Dresden? Wir fragen: Wer bezahlt diesen Apparat, wer bezahlt diese kostspieligen Flugzeugreisen der Herren, die die Sensationen eines Kabuffilms sich verschaffen möchten?

Ist es richtig, daß die Kriminalpolizei aus der Bedienung der Sensationspresse ein Geschäft macht?

Wer ist verantwortlich für die Einladung von Pressevertretern zu der sensationellen „Verhaftung“ am Anhalter Bahnhof?

Hier ist nicht Berufseifer, hier ist ein Mangel an Pflichtgefühl und Takt, der eine Justizbehörde unheilbar diskreditieren muß. Im ganzen Verlauf der an die Staatsbank anknüpfenden Skandalaffären haben einige Staatsanwälte sich bemüht, zu Anwälten der Sensation zu werden. Es ist Zeit, daß das Justizministerium diesem Skandal ein Ende macht.

Verhaftet ist leicht, wenn ein Staatsanwalt gewissenlos genug ist, darauf zu spekulieren, daß er Gründe schon finden werde. Bisher aber hat die Staatsanwaltschaft noch nicht einmal öffentlich oder dem Richter gegenüber festgestellt, welcher Delikt sie einen Kritiker beschuldigt.

Geht es so weiter, so setzt die Staatsanwaltschaft sich der öffentlichen Beschuldigung aus, daß sie im Bunde mit der verleumdlichen Sensationspresse eine politische Kampagne führen wolle.

Barmat in der Kaiserzeit.

Aus dem Untersuchungsausschuß des Reichstages.

In Ergänzung zu unserem gestrigen Bericht sei noch folgendes mitgeteilt:

Gelegentlich der Vernehmung des Botchafters Herrn v. Maljan wurde auf Fragen des Gen. Schrad festgestellt, daß die Akten der Botchaft im Haag erst am 12. Januar 1918 beginnen. Auf der ersten Seite dieser Akten befindet sich die Bemerkung, daß die vorhergehenden Akten vernichtet seien. Ob es sich dabei nur um ein Aktenblatt oder mehrere Stücke handelt, konnte nicht festgestellt werden. Die Barmat-Akten des Auswärtigen Amtes begannen schon mit dem 16. Dezember 1917. Deshalb richtete auch, anknüpfend an die Darlegungen des Herrn v. Maljan, Gen. Schrad an diesen folgende Fragen:

1. Wann und durch wen wurden die Beziehungen zwischen Barmat und der Botchaft im Haag im Kriege festgestellt?
2. Welche Zwecke können mit der Herstellung dieser Verbindung verfolgt worden sein?

Eine Mörderin.

Von Hanns-Erich Kaminski.

Paris, im Februar.

Scheint es nicht oft, als ob unsere Welt immer grauer, immer materieller, immer einschränkender würde? Werden die Städte, die Kleinstädte, die Lebensformen nicht immer ähnlicher, die Menschen nicht immer kleiner, immer arbeitsamer, immer gehässiger? Gibt es noch große Leidenschaften, erschütternde Kräfte, einmalige Entscheidungen, die ein Leben bestimmen? Gibt es noch etwas anderes als Kaufleute und Karrierejäger?

Es gibt sie. Manchmal wenigstens erfährt man, daß es noch Menschen gibt, die unter einem ganz persönlichen Schicksal stehen und die daran verbrennen: ohne Aufsehung, entschlossen, inbrünstig, hingeeben.

Eine solche Leidenschaft, eine solche Kraft, eine solche Flamme stand dieser Tage vor den Geschworenen von Paris: Stanislaw Uminski, Schauspielerin aus Warschau, zwanzig Jahre alt.

Sie war gerade erwachsen, stand erst ein Jahr auf der Bühne, die ersten Erfolge waren kaum erkämpft, als das Schicksal in ihr Leben eintrat. Es war ein Mann von Wert, Johann Ignowski, ein Versprechen der polnischen Literatur.

Sie liebten sich. Nicht auf die jetzt moderne Art, in der die Liebe nur noch ein Dessert ist, das nach dem Vließ und den Zigarren kommt. Sie liebten sich — man schämt sich fast, es niederzuschreiben — wie sich Hero und Leandro, Romeo und Julia liebten.

Sie waren auf dem Gipfel ihres Glücks, im Begriff zu heiraten, als die Ärzte ein Krebsleiden bei Johann Ignowski feststellten. Man schickte ihn nach Paris, um ihn eine Radiumbehandlung durchmachen zu lassen, die die letzte Rettungsmöglichkeit bot. Und Stanislaw Uminski folgte ihm, nachdem sie pflichtgetreu die letzten zwei Monate der Saison zu Ende gespielt hatte.

Aber der Kranke war nicht mehr zu retten. Ein letzter Versuch blieb noch übrig: frisches Blut in diesen abgekehrten Körper zu pumpen. Stanislaw drückte seinen Augenblick. Sie gab ihr Blut. Bergeliches Opfer, Ignowski war endgültig verurteilt. Der Tod war nur noch die Frage von Tagen, die sich jedoch noch zu qualvollen Wochen hinziehen konnten.

Stanislaw sah Tag und Nacht, Stunde um Stunde an dem Bette des Geliebten. Sie sah seine fürchterlichen Schmerzen, dieses sinnlose Rartrium, dessen Stigmata sie am eigenen Beibe fühlte. Ignowski drückte ihr einen Revolver in die Hand. „Töte mich“, bat er. Sie weigerte sich. Er bat, er flehte, er befahl: „Töte mich! Wenn du mich wirklich liebst, töte mich!“

Man gab ihm Morphium. Doch die Schmerzen ließen nicht nach. Da entschloß sie sich. „Weißt du, mein Junge, wie ich dich liebe“, flüsterte sie dem Sterbenden zu. — „Du bist all mein Glück

3. Ist es richtig, daß Barmat im Kriege bereits große Lieferungen von Waren nach Deutschland durchgeführt hat?

Herr v. Maljan antwortete darauf, daß schon bei seiner Ankunft im Haag 1917 die Verbindung zwischen Barmat und der Botchaft bestanden habe. Von wem sie aufgenommen und wer sie hergestellt habe, könne er nicht sagen. Der Zweck der Verbindung sei gewesen, mit Barmat auf die Neutralisierung russischer Heeresflüchtiger hinzuwirken. Außerdem sei es auch wohl darauf angekommen, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. Auf die Frage, ob er jemals eine Antwort auf sein Telegramm vom 22. Januar 1918, das zur Verhaftung gegenüber Barmat machte, Antwort bekommen habe, erklärte Herr v. Maljan, das sei nicht der Fall. Er habe sein Telegramm lediglich abgelesen, um vor Barmat deshalb zu warnen, weil er von einer beabsichtigten Reise des Barmat nach Berlin Kenntnis bekommen habe. Bekannt sei gewesen, daß Barmat stark renommiert habe mit seinen Beziehungen zu Politikern. Auf Anfrage teilte Herr v. Maljan mit, daß sich Barmat nicht gerührt habe, zu dem Reichspräsidenten Beziehungen zu haben. Die Frage des Gen. Kaufhäuser, ob nicht im Kriege schon durch die kaiserliche Regierung Barmat benutzt worden sei für eine propagandistische Propaganda, beantwortete Herr v. Maljan dahin, daß in der Tat mit diesem solche Verluste gemacht seien. Zu einem Erfolg hätten die Bemühungen damals und später nicht geführt. Barmat habe man auch Beziehungen im Kriege und nach diesem zu ausländischen Sozialisten gesucht, um auch durch diese zugunsten Deutschlands zu wirken.

Es ergab sich, daß der Grundstock zu Barmats Vermögen schon während des Krieges, also schon in der Kaiserzeit durch Lebensmittellieferungen nach Deutschland gelegt worden ist.

Haftentlassung Werthauers.

Wie die „Berliner Neuesten“ mitteilen, ist auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft heute von Seiten des Untersuchungsrichters in eine erneute Vernehmung und Sachprüfung der Akten Engelberts eingetreten worden. Rechtsanwalt Engelbert wurde in Haft genommen und der Haftbefehl vom Untersuchungsrichter bestätigt.

Die eingehende Vernehmung des Justizrats Werthauer durch den Untersuchungsrichter führte Freitag nachmittag zur Haftentlassung, jedoch auch gegen diese Haftentlassung ist von Seiten der Staatsanwaltschaft sofort Beschwerde eingelegt worden.

Erklärungen zur Barmat-Untersuchung.

Wer wird nun noch leichtfertig hineingezogen?

Genosse Salkmann hat folgenden Brief an den Vorsitzenden des Barmat-Untersuchungsausschusses im Preussischen Abgeordnetenhaus gerichtet:

„Zeitungsberichte über die Vernehmung des Herrn Georg Davidsohn erwecken den Eindruck, als habe Herr Davidsohn schon im Jahre 1919 dem Parteiuersuchungsausschuß, der unter meinem Vorhild den sogenannten Fall Skarz nachprüfte, Material über bedenkliche Beziehungen führender Sozialdemokraten zu den Barmats vorgelegt. Das ist bestimmt unrichtig. Der Untersuchungsausschuß beschäftigte sich lediglich mit den Behauptungen, daß führende Parteigenossen durch ihren Verkehr mit dem Herrn Skarz kompromittiert seien. Vor dem Ausschuss erklärte Herr Davidsohn, daß er aus eigener Kenntnis über diese Beschuldigungen nichts wisse. Seine Hauptzeugen Sonnenfeld, Baumelster und Friedländer sagten aus, sie hätten niemals Beschuldigungen gegen führende Parteigenossen erheben wollen.“

Genosse Daniel Stücken sendet uns folgende Erklärung: „In der Barmat-Angelegenheit ist auch mein Name genannt worden. Ich erkläre dazu: Bei mir erschien eines Tages — es mögen fünf Jahre her sein — einer der Herren Barmat und fragte mich, ob ich seine Eltern in der Ukraine in Gefangenschaft seien. Er fragte, ob ich es nicht ermöglichen könne, daß er nach der Ukraine reisen dürfe. Ich erklärte, daß das nur durch das Auswärtige Amt gemacht werden könne und gab diese Angelegenheit mit einigen empfehlenden Worten an das Auswärtige Amt, auf dessen Entscheidung ich natürlich keinen Einfluß hatte. Das war meines

Wissens der einzige Fall, in dem einer der Herren Barmat an mich herantrat. — Bei den internationalen Beziehungen, die ich im Interesse der Heimkehr der Kriegsgefangenen zu pflegen hatte, sind eine Menge Leute an mich herangetreten, mit dem Ersuchen, ihnen bei Ueberwindung der Passwierigkeiten behilflich zu sein. Wie diese Ansuchen gab ich — wie das jeder Abgeordnete getan hat — kurzerhand an das Auswärtige Amt. Ich glaube sonach, daß ich völlig korrekt verfahren bin.“

Dr. Müllers angebliche Warnung.

Der Austritt Dr. Müllers aus der Partei wird von der Presse dahin kommentiert, daß Müller sich von der Partei getrennt habe, weil seine wiederholten Warnungen vor Barmat nicht beachtet worden seien. Dr. Müller hat den Parteivorstand niemals vor Barmat gewarnt. Er hat erst kürzlich vor einem bürgerlichen Publikum einen Vortrag gehalten, in dem er den Fall Barmat berührte. Daraufhin war er zu einer Aussprache in das Bureau des Parteivorstandes gebeten, lehnte aber sein Erscheinen ab in einem Brief, in dem er u. a. sagte: „Meine Bedenken sind rein allgemein politischer und parteipolitischer Art und betreffen die persönliche Integrität der Betroffenen ebenso wenig wie ihre parteipolitische.“ Für den Parteivorstand war damit die Angelegenheit erledigt. Wenige Tage darauf vollzog jedoch Dr. Müller seinen Austritt.

Das Kreditgeschäft der Rehling/Erdorf.

Der Skandal der Landespfandbrief-Anstalt.

Der Untersuchungsausschuß des Landtags über die Vorkommnisse in der Preussischen Landespfandbrief-Anstalt trat Donnerstag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Leinert (Soz.) zusammen. Einer der leitenden Beamten des Instituts gab eine eingehende Darstellung der Organisation derselben. Bei allen wichtigen Angelegenheiten sei man auf kollegialer Basis vorgegangen. Bei dem hier in Betracht kommenden Geschäft, das zweifelslos gegen die Satzungen verstoße, sei das allerdings nicht geschehen.

Hierauf erstattete der Ausschussreferent einen eingehenden Bericht über die von der Presse aufgestellten Behauptungen, die dem unter Verzicht auf Pension aus seinem Amte geschiedenen Leiter des Instituts, Geheimrat Rehling, unlaute Kreditgeschäfte mit gewissen adeligen Herren, v. Erdorf, v. Zigelwitz, v. Cerlowitz zum Vorwurf machen, wodurch die ganze Anstalt und der preussische Staat um sehr erhebliche Summen geschädigt worden sei. Nach der Berechnung des „Berliner Tageblatt“ betrage der der Anstalt entstandene Verlust mindestens eine Million Mark. In einem Teil der deutschen Presse werde neuerdings auch behauptet, daß der preussische Staat die von ihm hergegebenen fünf Millionen Grundkapital eingebüßt habe. In der „Deutschen Tageszeitung“ hätten die Herren v. Erdorf und v. Zigelwitz eine Gegenerklärung abgegeben, die darin gipfelt, daß ein Schaden für die Landespfandbriefanstalt nicht entstanden sei.

Der Vorsitzende fragte, ob dem Verwaltungsrat niemals aufgestoßen sei, daß Unregelmäßigkeiten vorkamen oder vorkommen könnten.

Der Ministerialrat verneinte die Frage; ihm persönlich sei im August als Vorsitzender des Verwaltungsrates eine bezügliche Mitteilung gemacht worden, die Geheimrat Rehling dahin aufklärte, daß es sich lediglich um ein Geschäft der Stettiner Sparkasse handle. Im März v. J. habe die letzte Bücherprüfung durch den Staatskommissar stattgefunden und da habe nichts von der Sache verlautet.

Ministerialdirektor Conze spricht die Bereitwilligkeit des Ministeriums aus, jede gewünschte Auskunft zu geben.

Der Staatskommissar legte auf Wunsch des Ausschusses den Gang seiner amtlichen Tätigkeit gegenüber der Anstalt dar. Auf Anfrage wurde ferner festgestellt, daß Geheimrat Rehling zuerst unmittelbarer, später mittelbarer Staatsbeamter gewesen ist.

Der Vorsitzende wünscht noch Auskunft über die Frage, wie bei der großen Zahl von Vorstandsmitgliedern und Angestellten diese ganze Transaktion dauernd geheim und verborgt bleiben konnte.

Es wird erwidert, daß vier Direktoren vorhanden sind; die Aufsicht führte Rehling. Drei von den vier Direktoren sind im Hauptamt, einer im Nebenamt beschäftigt; gerade der letztere ist von der Kenntnis der Sache ausgeschlossen worden und hat den

auf Erden.“ antwortete er ihr mit dem letzten Rest seiner Kräfte. . . . Dann schloß sie

Nun stand sie vor den Geschworenen. Klein, wach, mit einem Paar melancholischen Augen unter dem einfachen Hut. Sie war müde und apathisch, und diese ganze Gerichtsszene wirkte demgegenüber wie eine sinnlose Farce.

Aber die Menschen scheinen doch nicht so schlecht und so taktlos zu sein, wie man im allgemeinen annehmen muß. Vor diesem großen Schmerz wenigstens zeigten sie sich ehrfürchtig, bescheiden, ja demütig.

Der Vorsitzende entschuldigte sich, daß er die Angeklagte ausfragen mußte. Der Staatsanwalt begann sein Plädoyer, in dem er für die Paragrafen sprach, mit dem Bekenntnis, daß er den Verteidiger beneide. Und die Geschworenen schütteten ihren Freispruch nach weniger als fünf Minuten.

Niemand klatschte. Das Publikum verharrte in achtungsvoller Stille, als Stanislaw Uminski von einer Freundin aus dem Gerichtssaal geführt wurde.

Sie ging zurück in die Klinik, in der sie eine Stellung als Pflegerin von Krebskranken angenommen hat. Wird sie jemals auf die Bühne zurückkehren? Es war einer der letzten Wünsche ihres Geliebten. Und sicher hat es etwas Erschütterndes, sich diesen Menschen etwa in der Rolle der Antigone, der Frau unter dem Schicksal, vorzustellen. Aber vielleicht ist die Flamme dieser Leidenschaft nicht mehr fähig, für alle zu brennen, nachdem sie sich für einen einzigen verzehrt hat.

Wir dürfen Stanislaw Uminski darum nicht weniger dankbar sein. Es ist schön, einer Frau danken zu dürfen, die uns gezeigt hat, daß es auch in unserer trüben Welt noch Hingabe, Leidenschaft und wirkliche Menschlichkeit gibt.

Die Aufgaben des Sowjet-Schriftstellers. Der Verband der proletarischen Schriftsteller aller Länder des Sowjetbundes veröffentlicht in der „Pravda“ eine Rundgebung über die Ziele und Aufgaben des Verbandes und seine Einstellung zum Geistesleben der bürgerlichen Welt. Diese ist schroff ablehnend: die proletarische Literatur könne nur ein Ziel, die Förderung des Sieges der proletarischen Revolution, in deren Dienst auch sie stehe. Die vorliegende Rundgebung bedeute auch darin einen Bruch mit allen Traditionen der Literatur im Westen, daß sie eine Massenrundgebung darstelle, ein Klassenmanifest, das in der Literaturgeschichte einzig dastehende, denn die Literaten der übrigen Welt betonten stets den Individualismus und wählten sich der Klassenidee nicht unterworfen. Auch im weiteren enthält diese schriftstellerische Manifestation größtenteils eine Art von Kriegserklärung an die westliche Geisteswelt. Dort habe man noch kein Verständnis dafür, daß die Gesetze des Klassenkampfes auch auf dem Gebiete der Literatur herrschen. Man träume von einem friedlichen Nebeneinander der bürgerlichen und der proletarischen Kunst und Literatur. Das aber sei eine „bürgerliche Utopie“, denn auch die Literatur stelle eine Arena dar, in der zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat gekämpft wird.

Hinsichtlich der Leistungen und der geistigen Beschaffenheit der proletarischen Literatur ist die Rundgebung indessen nicht besonders klar. Es wird zwar von „gigantischen Errungenschaften“ des proletarischen Geistes gesprochen, doch erfährt der Leser nichts Genaueres darüber. Ebenfalls wenig ausgeführt sind die Hinweise auf die Ausnutzung der bereits vorhandenen Schätze der Weltliteratur, die der proletarische Schriftsteller „weiterbauen und umgestalten“ soll. Die Rundgebung enthält auch einen polemischen Ausfall gegen Trotski. Dieser wird als einer der wenigen Kommunisten bezeichnet, die keinen Glauben an eine selbständige proletarische Kultur, Kunst und Literatur haben. Trotski und seine Anhänger seien der Meinung, die proletarische Literatur könne nur eine Fortentwicklung der bürgerlichen in ruhigen Bahnen und ohne einen Bruch mit allen Traditionen darstellen. Dieser Standpunkt erscheint den proletarischen Schriftstellern als eine Heresie.

Das „heilige Jahr“ — ein schlechtes Geschäft. In Rom werden viele schlechte Wige gemacht über die „Pilger, die nicht kommen“. Der „Secolo“ bringt eine Annonce, in der authentische Pilger gegen freie Station und Gebet gesucht werden. Der ministerielle „Trabuco“ erzählt eine Pilgerankunft in mehreren Bildern: zuerst ein Telegramm, das 8520 877 Pilger anmeldet; dann eine Wichtigkeit: es sind nur 502 000. Ein dringendes Telegramm berichtet noch einmal: es sind nur 82 721, aber sie kommen sofort. Die Zimmervermieter und Lebensmittelhändler vereinigen sich eifrig auf dem Fremdenbureau und einigen sich über einen allgemeinen Preisauflage. Behörden, Musikkorps, Polizei und Scharen Kenneriger erwarten die Pilger, deren Zug mit 198 Minuten Verspätung ankommt. Dem Zug entsteigt ein einziger, dem eine junge Frau an dem Hals springt: „Mein lieber Bessirino!“ Der Mann hieß mit seinem Vornamen Bessirino, was eben Pilger heißt.

Die Kleinwohner Chinas. Im Innern Chinas gibt es ungeheure Gebiete, die noch so gut wie unerforscht sind. Eine englische Expedition, die seit mehreren Monaten hier arbeitet, um die Spuren der vor den Chinesen hier sesshaft gewesenen Kleinwohner des Landes zu verfolgen, hat, wie die „Times“ berichtet, merkwürdige und fast gänzlich unbekannte Menschenrassen entdeckt. Die charakteristischsten Merkmale dieser Menschen halten die Mitte zwischen den besonderen Kennzeichen der amerikanischen Indianer und denen der Malaien. Für unsere Begriffe recht seltsam nehmen sich die Chinesen mit den blonden, geringelten Haaren aus, die sie in auffallendem Gegensatz zu der vorherrschenden Rasse mit den fleischschwarzen, glatten Haaren stehen.

Cherubis Ober „Medea“, die seit 50 Jahren von den deutschen Bühnen verschunden war, wird neu bearbeitet vom Erlanger Stadttheater zur Eröffnung des Erlanger Theaters- und Musikfestes am 13. März wieder herausgebracht.

Die Journalische Ausstellung. Die zweite internationale Buchmesse, die im April dieses Jahres in Florenz eröffnet werden soll, wird durch eine Sonderausstellung des italienischen Journalismus einen eigenen Reiz gewinnen. Die Ausstellung soll drei Abteilungen umfassen: die historische (der italienische Journalismus von der Zeit der Renaissance bis zum Weltkrieg), die aktuelle (eine Sammlung aller Tageszeitungen und Zeitschriften von nationalem Interesse, die gegenwärtig in Italien und fern den Kolonien gedruckt werden), die technische (Vorführung neuer Systeme und Art- und Weise für den gesamten Zeitungsdruck: Setzer, Drucker, Illustrationsabteilung usw.).

Einfluß zur Aufdeckung gegeben. Geheimrat Rehring habe jedenfalls mit dem Direktor Lüders in der Sache zusammen gearbeitet.

Zur nächsten Sitzung werden als Auskunftspersonen der ganze Vorstand und ein Oberbuchhalter geladen werden; der Sitzungstermin wird am Schluß einer der nächsten Plenarsitzungen festgestellt werden.

Tagung des Parteiaussschusses.

Der Parteivorstand hat auf Montag und Dienstag den Parteiaussschuß zur Besprechung der politischen Lage nach Berlin einberufen.

Verschiebung des Magdeburger Prozesses.

Magdeburg, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Beginn der Verfassungsverhandlung im Ebert-Prozess ist auf den 10. März vertagt worden.

Staatsanwaltlicher Rückzug.

Einstellung zweier Landesverratsverfahren.

Stuttgart, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zwei seit Monaten schwebende Strafverfahren wegen Landesverrats gegen den Redakteur der „Schwäbischen Log wachst“, Gen. Schlenker, sind nunmehr eingestellt worden. Nichts ist für den Umfang dieser Landesverratsverfahren kennzeichnender als der Inhalt der seinerzeit erhobenen Anklagen. In dem einen Fall wurde der Landesverrat darin erblickt, daß in einem Bericht über eine Lohnbewegung der Eisenbahner von „Panzerwagen für den Bahnschuh“ gesprochen wurde, während die Eisenbahnverwaltung diese Fahrzeuge „behelfsmäßig geschulte Bahnschuhwagen“ nennt. Der zweite Fall betraf mehrere wahrheitsgetreue Mitteilungen über den Verlauf von „Bauerntagen“ in Württemberg, deren Programm einfach aus bauerntänzerischen Zeitungen wiedergegeben wurde. Die bauerntänzerischen Zeitungen, die von der Beteiligung der Reichswehr an den „Bauerntagen“ und der Verwendung von Infanteriegewehren für Preisstiefeln geschrieben hatten, blieben selbstverständlich unbefehligt.

Kreditskandale in Bayern.

Auch in der Ordnungszelle...

München, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich der Barma- und Kautischer-Skandale wurde von Dr. Heim und anderen der bayerischen Regierung nachstehenden Persönlichkeiten wiederholt in Ruckstufen der Ueberzeugung verkündet, daß solche Dinge in bayerischen Ordnungsstaaten nicht möglich seien. Demgegenüber machte der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer in der Freitags-Sitzung des bayerischen Landtages einige aufsehenerregende Mitteilungen über schamlose und verbrecherische Kreditschiebungen, die innerhalb der bayerischen Wirtschaft teilweise mit Kenntnis der Behörden vorgekommen sind und die zweifellos an die übrigen Dinge der Barmaischen und Kautischerischen Geschäftsgebahren heranreichen.

Bei dem ersten Fall, den Genosse Bauer anführte, handelt es sich um einen Millionenkredit der Bayerischen Staatsbank an die Nürnberger Ruco-Werke.

Der mit Wissen und Willen der Bayerischen Staatsbank nicht der bayerischen Wirtschaft zugute kam, sondern zu einem ausländischen Spekulationsgeschäft, und zwar in Ägypten, verwendet wurde. Dieser Kredit würde sogar um 100 Proz. überzogen. Das ägyptische Geschäft mißglückte aber vollkommen, so daß der Kredit der Bayerischen Staatsbank notauswärtlich vollkommen verloren ist, da der Direktor der Ruco-Werke der Staatsbank gegenüber erklärte, daß er keine Sicherheiten für diesen Kredit geben könne, und zwar aus Grund der ihnen seinerzeit eingeräumten Bebingungen. Der zweite Fall, den Genosse Bauer anführte, betrifft die bayerischen Betriebe der Deutschen Werke, für die bei der Uebergabe aus dem Staatsbesitz an die A. G. doppelte Inventurlisten hergestellt wurden. In den Listen, die als Unterlage für den Staat dienen, fehlte die Aufstellung einer Reihe hochwertiger Materialen, die von der Inventuraufnahme außerhalb der Betriebe bei anderen Firmen, die teilweise fingierte Namen trugen, eingelagert wurden. Bis heute konnte nicht festgestellt werden, ob der Ertrag des Verkaufes dieser hochwertigen Materialien in irgendeiner Form dem bayerischen Staat oder den Deutschen Werken zugute kam oder ob er in die Taschen gewisser Direktoren floß.

Beim dritten Fall handelt es sich um eine Kreditschiebung, die mit bayerischen Behörden direkt nichts zu tun hat. Sie betrifft eine große Nürnberger Bauorganisation, die in New York ein eigenes Bureau errichtete zur Erlangung von Darlehensmitteln für den Wohnungsbau in Bayern. Dem Vertreter der Bauorganisation gelang es auch tatsächlich, mehrere hunderttausend Dollar zu einem Jahreszins von 5-7 Proz. flüssig zu machen für Zwecke des Wohnungsbaues in Bayern. Er und seine Organisation verwendeten aber diese Kredite nicht für den Wohnungsbau in Bayern, sondern verließen sie an private Geldgeschäfte weiter zu einem monatlichen Zinsfuß von 5 Proz.

In seinen weiteren Ausführungen machte Genosse Bauer darauf aufmerksam, daß in der Zeit der größten Verflechtung des Geldmarktes gerade

die landwirtschaftlichen Genossenschaften des Dr. Heim außerordentlich viel flüssige Mittel zur Verfügung gehabt und riesenhafte Käufe mit Verzinsung gemacht hätten. Deshalb sei es notwendig, daß der bayerische Handelsminister darüber Auskunft gebe, welche Summen seit Oktober 1923 durch das Reich, entweder durch die Reichsbank oder andere Geldinstitute, dem bayerischen Staat und der bayerischen Wirtschaft gegeben worden seien und wohin insbesondere der namhafte Kredit gekommen sei, den der bayerische Finanzminister Ende 1923 aus Berlin mitbrachte. Von diesem Kredit finde sich weder in den Bankkonten noch in irgendeinem Staatstitel etwas.

Im weiteren Verlauf der Staatsdebatte zog der Minister telephonische Erkundigungen über die Angaben des Genossen Bauer ein und erklärte am Schluß der Sitzung, daß im Fall der Deutschen Werke es richtig sei, daß aus den Beständen der bayerischen Betriebe sehr viel gestohlen und veruntreut worden sei. In greifbaren Fällen seien die Behörden auch eingeschritten. Bei den zweifelhaften Fällen handle es sich offenbar um eine irrtümliche Auffassung. Die eine Liste enthalte die tatsächlichen Bestände der Betriebe, während die andere Liste den Wert der Materialien angebe, den man beim Verkauf an die Deutschen Werke lagaterweise einsehen zu können glaube. Bei dem Staatsbankkredit an das Fürstliche Industrieamt handle es sich um ein ganz einwandfreies Kreditgeschäft, bei dem der Bayerischen Staatsbank keine Verluste entstanden seien. Der dem Dr. Heim nachstehende Abg. Rothmeier stellte fest, daß die Heimische Genossenschaft außer einem Kredit von 250000 Rentenmark vom bayerischen Staat niemals Kredit erhalten hätte, dagegen rund 16 Millionen Goldmark von der Preußenbank.

Es ist klar, daß mit diesen bloßen Behauptungen der Regierung die vom Genossen Bauer ausgedehnten Kreditschiebungen nicht aus der Welt geschafft sind. Man wird abwarten müssen, ob die Regierung in die Lage kommt, wirklich befriedigende Erklärungen abgeben zu können.

Der belgische Fabrikant Coppé ist zu 20 Millionen Schadenersatz an den Staat verurteilt, weil er im Krieg mit Deutschland Handel getrieben habe. Ein Strafprozeß deswegen hatte mit Freisprechung geendet. Im Zivilprozeß hatte der Staat 46 Millionen gefordert.

Der Leipziger Tschekaprozeß.

Pied und Ruth Fischer mitbelastet.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Vorl.: Hatten Sie den Eindruck, daß z. B. Szon begriffen hat, was unter „erledigen“ zu verstehen sei?

Angell.: Das ist eine Gewissensfrage, die wirklich schwer zu beantworten ist.

Vorl.: Wenn Ihnen nun der Auftrag erteilt worden wäre, was hätten Sie dann darunter verstanden, den General zu erledigen?

Angell.: Ich hätte darunter töten verstanden. Margies hat sich nicht an den Beobachtungsarbeiten beteiligt.

Vorl.: Ist Ihnen bekannt, daß Margies sehr schwer vorbestraft ist?

Angell.: Nein, ich erhielt von „Helmuth“ nach Gründung der Gruppe den Auftrag, ein aus Bochum kommendes Mitglied in die Gruppe aufzunehmen, nämlich Margies, der mir dann etwas später vom Reichsminister zugewiesen wurde. Als Legitimation hatte er ein Stück Zeitungspapier, das durchgerissen war und dessen andere Hälfte aus Bochum eingeschickt worden war. Es genügte also die Zusammensetzung der beiden Stücke, um ihn zu legitimieren. Er führte sich unter dem Decknamen „Schachut“ ein.

Vorl.: Hat er Ihnen erzählt, daß er einen Polizeibeamten niedergeschossen hat?

Angell.: Neumann: Ueber das Vorkleben hatte mir „Schachut“ nichts erzählt.

Vorl.: Hat er Ihnen gesagt, daß deswegen ein Verfahren wegen Mordes gegen ihn schwebt?

R.-U. v. Dagnalo: Das Verfahren gegen Margies ist eingestellt worden. Ich vermahnte mich gegen diese Frage. Ich bitte um Gerichtsbeschluß. (Der Antrag des Anwalts wird abgelehnt.)

Angell.: Er hatte mir von seinem ganzen Vorleben nichts erzählt. Reichsanwalt Neumann: Ist davon die Rede gewesen, daß Margies an dem Vorkleben in Bochum beteiligt war?

Angell.: Ich habe nur von „Helmuth“ gehört, daß es sich um einen Genossen handelte, der in Bochum sehr tätig gearbeitet habe. Der Angeklagte schildert dann weiter, daß man beobachtet habe, wie General v. Seekt täglich von 8 bis 9 Uhr im Tiergarten reite. Er habe darauf die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Ausgabe im Tiergarten zu erledigen. Außerdem habe man aber noch nach wie vor die Eingänge des Reichswehrministeriums beobachtet, und zwar hätten sich daran insgesamt beteiligt: Reus, Voege, Szon, Heinz Neumann und Schadowski.

Vorl.: Heinz Neumann und Schadowski seien nicht auf der Anklagebank.

Angell.: Wir haben auch versucht, uns des Pferdeburischen Seekts zu nähern. Das ist aber nicht geglückt. Wir wollten auf diese Art und Weise in Erfahrung bringen, ob der General regelmäßig einige Zeit außerhalb des Ministeriums verbringe. Einige Tage später schied Reus wegen Krankheit aus der Arbeit im Falle Seekt aus und hat sich dann nicht mehr beteiligt.

Vorl.: Waren Sie sich damals schon einig, wie Seekt erledigt werden sollte?

Angell.: Einen bestimmten Plan hatten wir noch nicht.

Vorl.: Sie waren sich aber einig, daß er erledigt werden sollte?

Neumann: Schildert auf Befragen weiter, daß Fraßmeiter eingetreten sei, so daß der General nicht mehr ausgeritten wäre. Nach und nach kamen mir moralische Bedenken. Diese spiegelten sich so zu, daß ich von der Lösung überhaupt Abstand nehmen wollte. Da ich mich aber verpflichtet fühlte, den Auftrag durchzuführen, und nicht wagen durfte, vor „Helmuth“ hinzutreten und zu sagen, ich mache nicht mehr mit, so habe ich schließlich einen Plan vorgelegt, der dann auch durchgeführt wurde. Schadowski sollte mit einem Fahrrad an Reichswehrministerium aufgestellt werden und, sobald Seekt erscheine, zur Tiergartenstraße fahren, dem dort stehenden Voege einen Wink geben und dann selber zur Tiergarten. Eine Bellesaustraße fahren, wo Szon stand. Dieser sollte mit einer Aesdrosche nach der Charlottenburger Chaussee fahren und das Auto an der Stelle halten lassen, an der ich aufgestellt genommen hatte. Ich wollte dann mit Voege und Heinz Neumann zu einem bestimmten Gehäus am Reitweg gehen, an dem Seekt vorbeizog. Hier sollte auf den General eine Salbe abgegeben werden und dann wollten wir zum Auto lächeln. Wir nahmen an, daß die Pferde durchgehen werden, so daß wir nicht verfolgt würden. Sollte der Adjutant uns aber verfolgen, dann wollten wir das Pferd niederschleichen.

Vorl.: Wollten Sie den General mit der Salbe vom Pferd schießen?

Freispruch im Himmelsbach-Prozess.

Zubilligung des § 193 an den Angeklagten.

Im Himmelsbach-Prozess verkündete das Gericht gestern abend folgendes Urteil:

Es war zu prüfen, ob die Vorwürfe, die in den acht Artikel des „Holzmarties“ enthalten sind und zur Anklage stehen, als strafrechtlich zu ahnden auf Grund des § 186 anzusehen seien. Zweifellos sei die Ehre des Klägers durch den Vorwurf, er hätte aus Profitgier gehandelt, außerordentlich gekränkt, auch die weitere Behauptung, er hätte Hand in Hand mit dem Landesfeind den Wald verunstaltet, wobei er eine auffällige Eise an den Tag legte, sei sehr kränkend. Weiter habe Fernbach ausgeführt, daß das Verhalten des Dr. Himmelsbach nicht honorig sei und eine verwerfliche Feindschaft mit der Handlungsweise der Dörten und Genossen hätte. Darin liege der Vorwurf des moralischen und juristischen Landesverrats. Der angeklagte Wahrheitsbeweis habe in dieser Beziehung aber nichts Befestendes gegen Himmelsbach ergeben. Es sei bei der Frage des Abschlußes der Coupes-Verträge zu berücksichtigen, daß die Privatinteressen des Klägers dabei nicht stark in Mitleidenschaft gezogen seien und daß in der Frage der Beschaffung von Rundholz ein vitales Interesse der Firma Himmelsbach nicht auf dem Spiele stand. Hinsichtlich des Zwanges zum Vertragsabschluß ständen die Ansichten der Parteien lässig gegenüber. Die Beweisaufnahme habe erbracht, daß Himmelsbach tatsächlich alles getan habe, um die Coupes zu vermeiden. Die Gutachten der Sachverständigen wichen zudem in vielen Punkten voneinander ab. Es sei festgestellt, daß von vornherein von irgendwelchen großen Gewinnen nicht die Rede war. Immerhin sei der Abschluß der Verträge durchaus zu beanstanden. Man bedachte, daß es sich um Fällung von Holzern handele, die den Staatsforsten gehörten. Hier durfte Himmelsbach keineswegs auf eigene Faust handeln, ohne sich die Zustimmung der Regierung zu verschaffen oder nachträglich einzuholen. Sein Vorgehen bedeute also eine erhebliche Verletzung staatlichen Eigentums. Wären Geheimverträge geschlossen worden, in denen sich die Vertragschließenden verpflichteten, den deutschen Regierung darüber nichts mitzuteilen, läge allerdings glatter Landesverrat vor. Das sei objektiv nicht erwiesen. Die Firma Himmelsbach sei im Falle viel zu früh vorgegangen, was dazu angeleitet war, die Qualität des deutschen Waldes erheblich zu verschlechtern. Zur Frage, ob Fernbach der Schutz des § 193 zuzubilligen sei, sei zu erwägen, daß er als Redakteur und Verleger Interessen sowohl nach der materiellen sowie der ideellen Seite zu wahren hatte, auch komme der gute Glaube dem Angeklagten durchaus zustatten. Er durfte nach den ihm gemachten Informationen annehmen, daß tatsächlich Geheimverträge vorlägen, also Landesverrat getrieben wurde. Fernbach war verpflichtet, dies seinen Lesern freizulegen. Bei der Frage, ob er in der Form über die Grenzen des Zulässigen hinausgegangen und ob eine Abfederung der Beschuldigung vorliege, sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte als deutscher Mann so zu bewerten sei wie jeder gute Deutsche, der seinen grünen Wald liebt. Er habe keinen Anseh-

Angell.: Jawohl. Wir wollten ihn töten.
Vorl.: Sie sagten, Sie hätten nicht in Wirklichkeit daran gedacht, das Unternehmen auszuführen. Sie erwarteten aber doch mit der Möglichkeit rechnen, daß gegen Ihre Erwartung der General doch erscheine.

Angell.: Dann hätte ich eine Möglichkeit gefunden, das Vorhaben zu vereiteln, indem ich vom Auto auch nicht zu Heinz Neumann gegangen wäre, sondern mit dem Auto weitergefahren wäre. Heinz Neumann und Voege hatten strengste Anweisung, nichts zu unternehmen, bevor ich nicht im Tiergarten wieder erscheine.

Vorl.: Ich erinnere mich nicht, daß Sie eine derartige Erklärung in der Voruntersuchung getan haben.

Angell.: In der Voruntersuchung habe ich nichts zu dieser Entlastung gesagt. Ich habe mich erst ganz zuletzt entschlossen. Ich werde aber noch weitere Argumente anführen und werde auch sagen, warum ich gezwungen war, meine Absicht zu verheimlichen. Ich wollte ursprünglich auch in der Hauptverhandlung darüber noch nichts sagen. Ich glaube, wenn ich es tue, dann würde eine gewisse Stelle sich die größte Mühe geben, mich im Gefängnis durch Zustellung von Lebensmitteln oder sonst irgendwie aus der Welt zu schaffen. (Große Bewegung im ganzen Saal.) Dann hätte man nämlich die Behauptung aufstellen können, daß ich schon damals ein Spion gewesen wäre, der im Auftrag der Behörde, der Polizei, diese ganze Sache zum Schein inszenieren wollte, wie es ja auch in der „Roten Fahne“ von mir behauptet wurde. Außerdem habe ich im November 1923 einen Brief aus Leipzig von dem militärischen Leiter von Sachsen, Stolz, erhalten, in dem er schrieb:

„Du schreibst noch, ich denke, Du bist längst tot, denn nach dem, was „Helmuth“ in der Sitzung der Oberleitung Mitte von Dir gesagt hat, glaubte ich, Du würdest nicht mehr in der Partei sein.“

Ich hatte nämlich einen gewissen Waffentransport, den „Carl Chemnitz“ nach Leipzig und Dresden dirigiert hatte, nach einer Grenzstadt umzuleiten, damit er nicht in die Hände der inzwischen eingerückten Reichswehr fiel. Wegen dieser Sache hatte „Helmuth“ gesagt, daß mit mir etwas geschehen müsse. Außerdem mußte ich auch von einem gewissen Anders, dem militärischen Oberleiter von Mecklenburg, daß er sich verdächtig gemacht hätte und daß etwas gegen ihn von der Partei geplant war. Jedenfalls hatte man sich in einer Sitzung mit ihm beschäftigt, an der Brandier, Pied, „Helmuth“ und ich teilgenommen haben. Anders war auf Grund von Beobachtungen des Parteisekretärs Bugler und des militärischen Oberleiters von Nord-Preußen, als nicht zuverlässig bezeichnet worden. Aus diesem Grunde glaubte ich, daß ich nicht ohne weiteres von meinem Auftrag zurücktreten dürfte. In Anbetracht der Tatsache, daß ich in alles eingeweiht war, hätte die Partei mich andersfalls nicht mehr ertragen können und man hätte mich dorthin befördert, wohin ich auf Befehl „Helmuths“ andere befördern sollte. (Bewegung im Saal.)

Vorl.: Haben Sie diese inneren Vorbehalte niemandem mitgeteilt?

Angell.: Ich glaube, daß ich zu Voege darüber gesprochen habe. Voege: Jawohl. Neumann sagte mir, Seekt reise nicht mehr, wir könnten die Angelegenheit zurückstellen. Das war aber schon, als der Frost eintrat. Zwei Tage später sagte er dann plötzlich, er habe sich für den nächsten Morgen mit Heinz Neumann im Tiergarten verabredet, ich sollte mich auch einfinden. Ich kam aber viel zu spät hin, weil ich überzeugt war, daß Seekt nicht mehr reiten würde.

Auf einen Einspruch von Rechtsanwalt Dr. Brandt stellt der Vorsitzende hierzu fest, daß

Neumann das Belastungsmaterial nicht von selbst verraten, sondern erst im Laufe der Untersuchung auf Verhalt zugabegeben habe.

Angell.: Ich habe das auch erst getan, als die Schmutzartikel in der „Roten Fahne“ gegen mich erschienen. Ich habe dann in meinem eigenen Interesse alles zugabegeben, habe aber die Gründe für mein Verhalten für die Hauptverhandlung vor.

Ob ich hier alles sagen werde, was ich zu meiner Entlastung ausführen kann, weiß ich noch nicht.

Hierauf wurde die Verhandlung gegen 13 Uhr nachmittags auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

ten über die Waldverunstaltung allerdings einen starken Ausbruch gegeben, immerhin sei er nicht über das gebotene Maß hinausgegangen, so daß auch vom Vorliegen einer formalen Beleidigung nicht gesprochen werden könne. Der Angeklagte konnte nach allem der Ansicht sein, daß nationale Interessen verletzt wären, und deshalb könne er nicht bestraft werden, weil das Gericht ihm den vollen Schutz des § 193 zubilligt hätte. Es mußte deshalb Freisprechung erfolgen, die Kosten wurden dem Prozeßkläger auferlegt.

Angesühnte Morde.

Oppositionsfragen an Bethlen.

Budapest, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In der letzten Vorstandssitzung des Blocs der Oppositionsparteien brachte der sozialistische Abg. Garlas die Ermordung der beiden sozialistischen Redakteure Somogyi und Bacso, die am 7. Februar 1920 von Honthy-Offizieren niedergemetzelt wurden, zur Sprache und verwies darauf, daß der fünfjährige Jahrestag dieses Mordes endlich entscheidende Schritte zur Bestrafung der Mörder erforderlich. Garlas verwies u. a. darauf, daß der damalige Innenminister Bethlen vor einigen Jahren erklärt hat, er sei unschuldig daran, warum die Mörder ihrer Strafe entgehen konnten. Der Bloc der demokratischen Oppositionsparteien, der dem Parlament fern bleibt, hat nunmehr öffentlich an den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen folgende Fragen gerichtet: 1. Aus welchem Grund wurde dem gemeinsamen Minister Bethlen, der in der Untersuchung über ein gemeinsames Verbrechen ausfallen wollte, die Genehmigung zur Aussage nicht erteilt? 2. Ist Graf Bethlen bereit, innerhalb zwei Wochen diese Erlaubnis zu gemähren? Sollte Graf Bethlen dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wird der Bloc diese Frage ständig auf seiner Tagesordnung halten und den Ministerpräsidenten für die Schmach, die die geheimnisvolle Behandlung dieser Strafsache über das Land bringt, solange persönlich verantwortlich machen, bis er die restlose Aufklärung dieses entsetzlichen Verbrechens ermöglicht.

Der verschwundene Flüchtling.

Vor einigen Tagen entsprang in Budapest der als Spion verhaftete tschechische Staatsbürger Hlavik Dobernig auf der Straße den Polizisten und flüchtete in die tschechoslowakische Gesandtschaft. Diese verweigerte seine Auslieferung, so daß die magyarische Regierung sich auf den Notwendigen begeben mußte. Jetzt ist Dobernig aus der tschechischen Gesandtschaft verschwunden, trotzdem Tag und Nacht Detektive und Polizisten am Tor Wache hielten.

Verkauf der Sultanspaläste. Die türkische Regierung hat beschließen, sämtliche Paläste in Konstantinopel, mit Ausnahme von Dolma-Babade, Topkapa und Beglerbeg zu verkaufen, was ein besonderer Aufschuß bejorgen soll.

Gewerkschaftsbewegung

Die Vaterländischen tagen.

Der Reichstagsabgeordnete Geister, der erst jüngst noch seiner Beschimpfung des Reichstagsmehrs gezeigt hat, daß er auch schweigen kann, rebelt. Die bisher in Deutschland abgehaltenen Betriebsrätekonferenzen seien revolutionierend gewesen. Aber auch der vaterländische Betriebsrätekongress sei „revolutionär eingestellt“ gegen die herrschende Einstellung der noch immer übermächtigen schwarzen Partei: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Mit aller Kraft müsse man an die Aufklärung der deutschen Arbeiterschaft herangehen.

Die deutsche Arbeiterschaft will von der Art „Aufklärung“, die von den Unternehmern bezahlet wird und in Unternehmerninteresse betrieben wird, nun einmal nichts wissen, selbst wenn sie Geister „mit aller Kraft“ betreibt. Der Reichstagsabgeordnete Wolf gab von dieser Art Aufklärung eine Kostprobe in seinem Referat über die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft — unter den Auswirkungen der Revolution, nicht etwa des Kriegs zusammenbruchs. Der Bericht verschweigt den Umstand, daß über die Revolution zusammengesetzt wurde und beklagt mit einem ansehnlichen Querschnitt des „Vorwärts“, daß in Deutschland die Löhne in der Vorkriegszeit mit zu den höchsten gehörten und die Arbeitszeit die kürzeste auf dem europäischen Festlande war. Diese sozialen Fortschritte Deutschlands seien durch die Revolution und ihre Folgen zertrümmert worden.

Der Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags bezeichne den Redner als den bedürftigsten Ausschuss des Reichstags. Denn dort würden nur immer legendenhafte sozialen Experimente ausgedacht, um dieser oder jener Schicht etwas zuzuwenden. Durch unsere sozialen Experimente haben wir uns das Vertrauen der Mittelwelt verlohren.

Als dritter Reichstagsabgeordneter im Bunde der Vaterländischen führte Herr Geister aus, die deutsche Landwirtschaft könne das Volk ernähren, wenn ihre Arbeit durch einen vernünftigen Zoll geschützt werde. Die Getreidepreise für die landwirtschaftlichen Lebensmittel ließen sich zusammen aus der Belastung des Grund und Bodens, aus Hypotheken und Steuern auf der einen Seite, auf der anderen Seite aus Löhnen, Ausgaben für Dünger, Saatgut, Maschinen usw. Die Belastung der Landwirtschaft ist heute viel größer, als der Fernstehende es glaubt. Man behauptet immer, die Landwirtschaft habe keine Schulden. Das sei nur bis zu einer gewissen Grenze richtig. Die Belastung durch die verteuerten Betriebsmittel, Löhne usw. gehe weit über 100 Prozent hinaus (!), so daß es für jeden verständlich ist, daß bei den heutigen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Landwirt zugrunde gehen müsse.

Der Industriearbeiter hat kein Interesse an den niedrigen Lebensmittelpreisen, sondern daran, daß seine Produkte gekauft werden.

Freie der Arbeiter nicht für Betriebszölle ein, dann könne er schließlich auch die aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel nicht kaufen, und wenn sie noch so billig seien. Ohne Zoll werde die Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaft übergehen und Millionen von Landarbeitern würden auf dem Markt der Industriearbeiter erscheinen und das Gend der Arbeitslosen vergrößern.

Die „Aufklärung“ wurde in der Aussprache fortgeführt durch die Behauptung, daß die Sozialdemokratie nur darauf ausgehe, Zwietracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen. Dem deutschen Arbeiter müsse wieder die Erkenntnis eingebläut werden, daß die schwarzen Parteien Jahre im Kampf für Familie und Vaterland stehen muß.

Herr Geister behauptet, daß dieser sogenannte nationale Betriebsrätekongress eine revolutionäre Tat sei zum Zweck der Beilegung der Betriebsräte mit vaterländischem Sinn angesichts der bevorstehenden Betriebsrätemahl. Der Sozialistenstaat (!) könne nur abgelöst werden, wenn jeder sozialistische Betriebsrat durch einen vaterländischen ersetzt werde.

Geister gab dann volle Aufklärung darüber, was der deutsche Arbeiter am nächsten gedraucht.

„Zunächst verlangen wir ein Oberhaupt als Korrektiv und dann auch schließlich als Krönung wieder einen Monarchen, einen Landesvater, nicht einen Parteipapst. (Stürmischer Beifall.) Und eine solche Gesellschaft, von deutschnationalen Drahtziehern

zusammengestellt, besitzt die Geschicklichkeit, sich als Arbeitnehmersache, als ein Betriebsrätekongress aufzuspielen! Die unverschämten Propaganden der Arbeitnehmerschaft, die sich die Geister und Kumpanie leisteten, entspringen der Sucht, sich wichtig zu machen und sich in der Gunst ihrer Geldgeber zu erhalten. Sie zeigen das Unternehmertum an der Unterminierung gegen die Gewerkschaften und tragen so ihr Teil mit dazu bei, unsere Aufklärungsarbeit unter den Unorganisierten anzuspornen.

Unsere Gewerkschaften werden vor schwere Kämpfe gestellt. Je härter und geschlossener unsere Verbände, um so mehr werden sie diese Kämpfe bestehen. Eden deshalb darf auch nicht verkannt werden, das Unkraut auszurotten, das sich im Felde der Arbeiterbewegung immer wieder einzunisten sucht. Die gelben Schmarotzerpflanzen dürfen nicht aufkommen, und wenn die Unternehmer es sich noch so viel Geld und ihre Trabanten es sich „alle Kraft“ kosten lassen.

Die Neuwahl bei den Gemeindearbeitern.

In der gestrigen Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes folgten die Kommunisten einer neuen Anweisung ihrer Parteizentrale. Sie forderten die Neuwahl der Ortsverwaltung durch Urabstimmung und zweifelten die Stimmberechtigung der Delegierten an. Das Verlangen der Rapediten wurde in dieser Generalversammlung in namentlicher Abstimmung ebenso abgelehnt, wie in allen anderen Versammlungen, wo die Kommunisten mit diesem Trick operierten. Bei der nunmehr erfolgten Wahl der Ortsverwaltung zogen sich die Kommunisten in den Schmollwinkel zurück, weil sie „abgemürgt worden“ seien und beteiligten sich nicht an der Wahl. Die eingereichte Bitte wurde daraufhin mit etwa 30 Stimmen gemahlt. An der Spitze der Ortsverwaltung stehen wieder Bolenske und Bogodichinski als Bevollmächtigte. Zietemann als Kassierer und Bürne als Sekretär. Alle Gewählten gehören der Antierdamer Richtung an.

Wo bleibt die Einladung?

Wir warten immer noch auf die Einladung der Arbeiter der Pullow-Werke, die in der „Roten Fahne“ angekündigt worden ist. Danach sollen die Arbeiter der Pullow-Werke beauftragt haben die Redaktion des „Vorwärts“ einzuladen, eine Delegation von Arbeitern zum Studium nach München zu schicken. Nun sind mehrere Wochen seit dieser Ankündigung verstrichen und noch immer ist die Einladung nicht in unseren Händen. Es handelt sich also ganz offenbar wieder um eine jener Schwindelnarraktionen, wie sie häufig von dem Berliner Volkswissenschaftler fabriziert werden. Wir stellen dies vor allen Dingen deshalb fest, damit unsere Genossen in den Betrieben darüber im Klaren sind, was es mit dieser „Einladung“ offenbar auf sich hat.

Bauarbeiterstreik in Braunschweig.

Am gestrigen Freitagmorgen haben sämtliche Bauarbeiter und Zimmerer die Arbeit niedergelegt.

Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, eine gewisse Lohnerhöhung zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß der Tarif verlängert wird. Die Bauarbeiterschaft hat diesen Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Die Braunkohlengrube Finkenheerd.

Nach allem, was über die Arbeitsverhältnisse auf dieser vor Frankfurt a. d. L. liegenden Grube bekannt ist, ist Finkenheerd kein angenehmer Arbeitsplatz. Die Belegschaft zählt etwa 600 bis 700 Mann. Wenn diese Ziffernangabe schwanke ist, so bringt sie nur die Tatsache der unausgelegten Schwanlung zum Ausdruck. Ständig werden Arbeitskräfte gesucht als Ersatz für die, die dem Finkenheerd den Rücken kehren. Den Angeworbenen werden Durchschnittslöhne für Hauer und Schläger von 6,00 Mk. in 8 1/2 stündiger Arbeitszeit — ohne die Zeit der Ein- und Ausfahrt und ohne die Pausen — in Aussicht gestellt, während bei den jüngsten Lohnverhandlungen der Direktor Niehoff, der Vorsitzende des Arbeiterverbandes für den ostdeutschen Braunkohlenbergbau, den Durchschnittslohn selber mit 4,21 Mk. angab. Stahlhelmeute, die besonders protegert werden, verdienen wohl etwas mehr, wie auch die Arbeiter, die zwei Schichten hintereinander mit 17 Stunden verfahren und noch eine Sonntagschicht dazu. Das Gedingehiem ist raffiniert ausgebaut.

Nach dem Streik im Jahre 1928 wurden diese Hauer entlassen und auch nach monatelanger Arbeitslosigkeit nicht wieder eingestellt. Die Bergarbeiter müssen es sich daher wohlweislich überlegen, bevor sie ihr Glück auf Finkenheerd versuchen.

Transportarbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen.

Essen, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine außerordentlich stark besuchte Konferenz der im Deutschen Verkehrsband organisierten Transportarbeiter von Rheinland-Westfalen einschließlich des Bergischen Landes, in welcher besonders die Städte Düsseldorf, Duisburg, Eberfeld, Essen, Dortmund u. a. vertreten waren, kam zu dem Beschluß, das gegenwärtig bestehende Lohnabkommen zu kündigen und der Zeit entsprechende Lohnforderungen einzufordern. Um zu einer Einheitsfront der Bewegung zu gelangen, wurde eine Unterkommision gebildet, welche in diesen Tagen zusammentreten wird und die beauftragt ist, die Forderungen der Arbeitnehmer aufzustellen und alsdann den Arbeitgeberverbänden zu unterbreiten. Diese Bewegung der Transportarbeiter ist zum ersten Male über vorgenannte Gebiete in einheitlicher Form eingeleitet worden und ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Tarif- und Lohnbewegung im Transportgewerbe.

Zum Mansfelder Schiedspruch.

Eisleben, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wir berichteten unterm 11. Februar über den unzureichenden Schiedspruch für den Bezirk des Mansfelder Kupferkieser Bauern Bergbaus. Wie jetzt bekannt wird, behauptet die Mansfeld N. G., zur Annahme des Schiedspruches wegen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage nicht imstande zu sein. Wir sind der Ansicht, daß diese Haltung lediglich eines jener Druckmittel ist, mit denen sie die öffentliche Meinung zugunsten der Arbeiterchaft beeinflussen will. Jedenfalls dürfen sich die Schiedsverhandlungen in Berlin, die in den nächsten Tagen stattfinden, durch solche jetzt allgemein üblichen Klagezüge nicht beeinflussen lassen.

Wiederaufbau der italienischen Gewerkschaften.

(DDB.) Der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes wendet sich im Anschluß an die Beschlüsse dessen vor kurzem in Mailand stattgefundenen Gewerkschaftskongresses mit einem Aufruf an die italienische Arbeiterschaft, in dem er auf die reaktionäre Haltung der faschistischen Regierung aufmerksam macht, auf die fast vollständige Unterdrückung der Pressefreiheit, die kapitalistische Wirtschaftslage und die Bevorzugung der kapitalistischen Klasse hinweist und eine Reihe neuer Gewalttaten aufzählt: Zerstörung der Bureaus der Ortsausschüsse in Bologna und Reggio Emilia sowie des Eisenbahnerverbandes; Auflösung der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse in Bologna, Brescia, Modena, Triest, Palermo und Catania; Schließung der Bureaus des Holzarbeiterverbandes; Festschaltungen bei anderen Organisationen und Bedrohungen der für ihre Organisationen tätigen Genossen. Der Vorstand hält Proteste bei den faschistischen Behörden für zwecklos, will aber die öffentliche Meinung auf die Tatsachen aufmerksam machen. Er fordert zum Schluß die Arbeiterschaft auf, trotz aller Hindernisse und Widerwartigkeiten an der Wiederaufrichtung der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten.

Wenn Sie wüßten wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut



durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzlindernd. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring

Benanntmachung für Politik, Graf Reuter, Wirtschaft, Arthur Guterma; Gewerkschaftsbewegung, Friedr. Schöner, Konraden, R. A. Böcher, Stefan und Senfeger, Reichsverband, Anzeigen: H. Stede, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Platan 2. Belagungen und „Unterhaltung und Wissen“.

Verkauf sowohl Vorrat

Heute Schlusstag der

Mengenabgabe vorbehalten

ZWEITEN WEISSEN WOCHE

Hemdentuch ca. 50 cm breit 58 Meter	Renforcé ca. 50 cm breit 75 Meter	Wäschebatist ca. 50 cm breit, für helle Leibwäsche 95 Meter	Hemd hose guteisende amerikanische Form, mit Stibereckverknüpfung 2⁹⁵	Garnitur Hemd und Hemdkleid passend, mit reicher Stibereckverknüpfung 3⁹⁰	Prinz-jrock moderne Trägerform, mit Blickeck- und Holzleimverknüpfung 2⁹⁵
Unterkleid aus Kunstseide, in vielen Farben 4⁹⁰ 5⁹⁰ 42-48 48-50	Untertailien aus Kunstseide, moderne lange Formen, in vielen Farben 2⁷⁵	Mädchen-Hemd Passionschnitt, guter Stoff mit Hoblsaumlanzette, 40 bis 90 cm lang 95 1⁹⁵	Porkal-Oberhemd mit Klappmanschetten und Kragen 3⁴⁵	Linon-Deckbettbezüge 150 x 100 cm 5⁹⁵	Linon-Kopfkissen 80 x 80 cm 1⁴⁵
Tändelschürzen mit reicher Stibereck 75. 85 Pl.	Sportkragen in guter Ausführung 28 Stück	Korren-Taschentücher Linn, mit bunter Kante 1⁴⁵ Dutzend	Kinder-Taschentücher weiss Linn, mit bunter Kante 45 60 Duzd.	Küchen-Handtücher Halblin, 45 x 100 1⁰⁵	Damen-Hemd hosen echt Nako, weiss, fein gewirkt, alle Größen 2⁹⁰
Vollvoilekleider mit Blenden u. farbiger Einfassung 12⁵⁰	Kasak aus gutem Wollmassetin, in schönen Dessins, ca. 80 cm lang 10⁷⁵	Jumper aus gutem baumwollenen Crêpe, mit buntem Handdruck, moderne Farben 4⁹⁰	Crêpe de chine doppeltbreit 6⁹⁰ Meter	Damen-Handschuhe reiss Seide, mit doppelten Fingerspitzen, zwei Druckknöpfe 1⁹⁵	Selbstbinder große, offene Form 90 Stück
Tischtücher Halblein, vollgewirkt, 150 x 150 5⁴⁵	Servietten dazu passend 1³⁰	Kinder-Stickereikleider Schweizer Vellvet, 60-70 cm lang 3⁷⁵ Weitere Größen SUP. mehr			

HERMANN TIETZ



Schon jahrzehntlang vor dem Kriege kommen zur Zeit der Schneeschmelze regelmäßig die Zugvögel, die polnischen Landarbeiter nach Deutschland. In allen Landstrichen findet man sie.

Dasein der Anspruchslosigkeit.

War vor dem Kriege der deutsche Landarbeiter so gut wie rechtslos, so traf dies auf den polnischen Wanderarbeiter naturgemäß in verstärktem Maße zu.

Isigkeit, Schnaps, Gottesfurcht oder vielmehr Furcht vor dem katholischen Pfarrer gewohnt ist. Wo irgend in Deutschland in einer ländlichen Gegend eine katholische Kirche oder ein Bethaus vorhanden ist,



Gruppe polnischer Arbeiter.

gerung der an und für sich außerordentlich langen Arbeitszeit? Die abwechslungs von dem Bormann (Borschnitter, Aufseher) oder der Gutsoverwaltung vorgenommene Kürzung der Rationen,

den Bezirke erscheinen, sofort neue Kolonnen zusammenstellen und dieselben ihren entfernter wohnenden Auftraggebern zuschicken.

Ueber die Grenze

kommen die Wanderarbeiter zum Teil ordnungsmäßig mit Papieren versehen, zum Teil — schwarz. Im ersteren Falle werden sie hauptsächlich durch die Agenten der deutschen Arbeiterzentrale

Der deutsche Landarbeiter.

Aber nicht allein aus Polen kommen die ländlichen Wanderarbeiter, sondern auch aus deutschen Gegenden mit vorwiegend ländlichem Charakter.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Nach kurzem Besinnen antwortete Elisabeth: „Ich habe später nur mal gehört, daß sein Adoptivvater —“

„So wenig wie mir!“ höhnten Kyseds zerrülpfte Lippen. „Jawohl, so wenig wie Ihnen!“ warf sie ihm entgegen.

„Ja, ja,“ sagte er höhnisch. „Sie hatten es plötzlich sehr eilig. Ich dachte bei mir: jetzt, wo uns beide das Feuer verbrennt, bringt sie sich in Sicherheit.“

(Fortsetzung folgt.)

hofft Zuschriften von Erwerbslosen veröffentlicht, die auf Gütern in der nächsten Umgebung Berlins untergebracht waren und in denen über verlassene und verdrehte Unterkunftsräume geklagt wurde sowie über unzureichende Ernährung und Bezahlung und unmündige Behandlung. Wahrscheinlich konnte man dort keine polnischen Wanderarbeiter mehr bekommen. Mit solchen Mitteln kann natürlich ein Problem nicht gelöst werden, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung eine immer größere wird.

Und wer dazu neigt, den Argumenten der Großgrundbesitzer zu schenken, daß die großstädtischen Arbeiter keine Neigung zur landwirtschaftlichen Arbeit haben, der denke an die Laubkolonien, in denen Tausende und aber Tausende von Proletariern nach Feierabend wahre Wunderwerke an gärtnerischen Leistungen vollbringen.

Goldfadens 400prozentige Zinsen.

Potsdamer Adlige um 1 1/2 Millionen betrogen.

Mitglieder der früheren Potsdamer Gesellschaft, Grafen und und Gräfinnen, Barone und Baronessen, darunter ein Hofmarschall, Kammerherren und Hofdamen, gaben sich gestern vor dem Schöffengericht in Moabit ein nicht sehr erwünschtes Stelldichein, um als Zeugen gegen einen internationalen Hochstapler aufzutreten, dessen Opfer sie geworden sind. Angeklagt war der Kaufmann und Rennstallbesitzer Sigis mund Goldfaden aus Wien, der sich unter der Anklage der Beschleissigung und des Betruges in zahllosen Fällen zum Schaden des Potsdamer Hochadels zu verantworten hatte.

Im Juli 1924 stieg Goldfaden im Hotel Bristol ab und mietete im ersten Stock eine Suite von vier Zimmern. Ein neuer Mercedeswagen und eine ganze Wagenladung von Rossen unterstützten ihn in dem Bestreben, sich das Ansehen eines Multimillionärs zu geben. In der Halle des Hotels machte er bald die Bekanntheit eines Grafen aus Potsdam, der durch die fesselnden Erzählungen Goldfadens so berückt wurde, daß er ihn in die Potsdamer Adelskreise einführte. Diesen Herrschaften unterbreitete Goldfaden nun einen mystischen Plan, durch den sie in kurzer Zeit Unsummen verdienen könnten. Die Adligen sollten ihm ihren Familienreichtum überlassen. Er wollte ihn ins Ausland schaffen, dort darauf Kredite besorgen, und mit diesem Gelde mit Grundstücken spekulieren. 300 bis 400 Proz. Zinsen waren für die geschäftsunerfahrenen Adligen sehr verlockend. Auf diese Weise gelangte Goldfaden in kürzester Zeit in den Besitz von Perlenketten im Werte von 200 000 bis 300 000 M., Brillantdiademen, wertvolle alte französische Gobelins, Ketten und Ohrringe im Gesamtwerte von weit über 1 1/2 Millionen Goldmark. Goldfaden aber, ein gerissener Betrüger, machte die Schmuckstücke sofort zu Geld, und steckte die Erlöse in die eigene Tasche. Hierdurch konnte er sein luxuriöses Leben fortsetzen und sogar einen Rennstall unterhalten. Als Goldfaden unter auffeherregenden Umständen im Hotel Bristol verhaftet wurde, meldete sich sofort die Prager und die Wiener Polizei, da er von dort aus seit längerer Zeit gesucht wurde, weil er mehrere Mitglieder des tschechischen Adels durch gefälschte Akzente um mehrere Millionen Mark gleichfalls geschädigt hatte. Der Angeklagte, der sich vor dem Großen Schöffengericht unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Schulze zu verantworten hat, ist ein mit auffallender Eleganz gekleideter, aber unscheinbarer Mann in den vierziger Jahren. Nach Eintritt in die Verhandlung machte sein Verteidiger den Einwand, daß Goldfaden geisteskrank sei, und für seine Taten nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Der sofort geladene Gefängnisarzt Dr. Hirsch, der den Angeklagten auf der Anklagebank einer ärztlichen Untersuchung unterzog, stellte bei ihm auffällige Wahnvorstellungen fest, so daß die Möglichkeit einer beginnenden Paralyse nicht ausgeschlossen sei, um so mehr, als er in den letzten Jahren verschiedene fälschliche Handlungen, wie den Verkauf von 300 feldenen Oberhemden und die Befestigung von 45 Anzügen an einem Tag gemacht hat. Mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung beschloß das Gericht daher, Goldfaden zunächst auf sechs Wochen in einer Irrenanstalt untersuchen zu lassen. Den Potsdamer Zeugen wurde eröffnet, daß sie jetzt nicht vernommen werden könnten.

Freispruch eines Autobuschauffeurs.

Ein bedauerlicher Unglücksfall, der einem jungen Mädchen am 9. Januar d. J. am Königsstor das Leben kostete, hatte ein gerichtliches Nachspiel gegen den Kraftwagenführer eines Autobusses der Linie 12 zur Folge. Angeklagt war der Chauffeur Arnold G ü h l k e vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte wegen fahrlässiger Tötung.

Der Angeklagte ist von Beruf Techniker und hatte zuerst im Sommer zwei Monate eine Kraftfahrprüfung gefahren. Seit dem 6. November war er bei der Wboag als Kraftwagenführer tätig, hatte zunächst nur Reservendienst geleistet, fuhr aber an dem verhängnisvollen 9. Januar zum erstenmal einen ständigen Dienst. Er bestritt, daß ihn irgendein Verschulden treffe. An der Unglücksstelle am Königsstor befand sich das schlechteste Holzpflaster, und bei dem Uebergang von dem Steinpflaster der Dreißigwälder Straße auf das Holzpflaster am Königsstor müsse jeder Omnibus von selbst schon ganz langsam fahren, da er sonst ins Schleudern komme. An dem fraglichen Tage habe er an der Haltestelle des Ringelzeldens bekommen, daß der Wagen besetzt sei, und sei langsam weitergefahren. Gerade als der Kühler in der Höhe des Holzpflasters war, sei das junge Mädchen direkt unter die Räder gelangt. Der Vorgang habe sich wie folgt abgespielt: Die Straßenbahn war 10 1/2 Meter an der Haltestelle gerade im Begriff abzufahren, als noch ein junges Mädchen über die Straße lief und verfuhrte, aufzustehen. Da der Wagen besetzt war, mußte sie wieder vom Trittbrett herunter und sah der Straßenbahn nach und wollte dann zum Bürgersteig zurück. In demselben Augenblick sei er mit seinem Omnibus in langsamem Tempo angekommen. Durch das Warnungssignal erschraf das junge Mädchen, drehte sich um, blieb aber mit ihrem Ommbibus hängen und stürzte zu Boden. Trotzdem er beide Bremsen sofort anzog, ging das Rad der Wboag über den Körper. Zahlreiche Augenzeugen des Vorgangs bestätigten im allgemeinen die Angaben des Angeklagten. Dennoch ist der Angeklagte in ganz langsamem Tempo gefahren, und die Straße war vollkommen frei. Auch der als Schloßherrlicher vernommene Polizeiobersekretär Walzer zog die Folgerung, daß der Angeklagte nicht vorschriftswidrig gegen die Straßenpolizeiverordnung gehandelt haben könne, da er den Omnibus sofort durch Bremsen zum Stehen gebracht habe. Das Gericht kam demgemäß zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Ein seltsame G. m. b. H.

Die Firma Warenverand „Merkur“ G. m. b. H. in der Damißstraße 30, gegen die bei der Kriminalpolizei Anzeigen wegen Betruges eingelaufen waren, wurde gelöst. Der Geschäftsführer und Teilhaber Franz Schwa r z e r wurde verhaftet. Die Merkur-G. m. b. H. wurde im Juli 1924 mit einem Stammkapital von 5000 Mark gegründet. Dieses setzte sich folgendermaßen zusammen: Totes Inventar wie Schreibstisch, Schreibmaschine und anderes wurde mit 4000 M. bewertet und von der Frau als Teilhaberin in die G. m. b. H. eingeschossen. 200 M. bares Geld stellte ein Geschäftsfreund zur Verfügung. Die Firma warf sich zuerst auf die Vermittlung von Grundstücken und Geschäftsverkäufen. Wie und was die Merkur-G. m. b. H. in diesem Geschäftszweige gearbeitet hat, wird erst durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei festgestellt werden können. Jedenfalls war die Firma bald gezwungen, sich umzustellen. Es wurden Anzeigen erhoben, in denen man Kapital gegen Warenlieferungen und 15 Proz. Zinsen unter dem Namen Warenverand Merkur G. m. b. H. suchte. Glaubte nun ein Geldgeber sein Geld zu diesen hohen Zinsen gut anzulegen, so bekam er bald die Nachricht, daß die allgemeine schlechte Geschäftslage es notwendig mache, den Zinsfuß auf

5 Proz. herabzusetzen. Kündigung der Gläubiger sein Geld, so zahlte man ihn nicht bar aus, sondern gab ihm einen Wechsel, den er wegen mangelnder Deckung nicht einlösen konnte. Als Schwa r z e r verhaftet wurde, meldete seine Frau als Teilhaberin schleunigst Konkurs an. Die eingekommenen Kapitalien verwandte er für private Zwecke.

Erpressungsversuche an Frau Dr. Höfle.

Ein gelungenes und ein mißlungenes Fall.

Einem ungewöhnlich dreisten Erpressungsversuch ist gestern die Gattin des in Untersuchungshaft genommenen Reichspostministers a. D. Dr. Höfle zum Opfer gefallen. Frau Höfle wurde am Mittwoch Morgen von einem Manne angerufen, der sich „Dr. Arndt“ nannte und vorgab, Mitarbeiter der „Zeit“ zu sein. Der Mann teilte mit, daß die „Zeit“ am Donnerstag Morgen in einem ausführlichen Artikel die Unschuld Dr. Höfles nachweisen werde. Allerdings seien durch die Beschaffung des Materials Unkosten in Höhe von 180 M. entstanden, die Frau Höfle ersetzen müsse. Zunächst erschien gegen Mittag bei Frau Höfle ein Mann, der sich als „Dr. Arndt“ vorstellte und eine Quittung über den genannten Betrag vorlegte. Frau Höfle zahlte jedoch zunächst nicht. Darauf wurde sie etwas später telefonisch angerufen und am Apparat meldete sich angeblich der Verteidiger Höfles, Dr. Meberg. Der Fremde, der den Namen des Verteidigers mißbrauchte, empfahl der Gattin des Ermittelten, um 5 Uhr nachmittags in das Hotel Meher zu fahren, wo Dr. Arndt sie erwarten werde. Frau Dr. Höfle solle auf jeden Fall den gewünschten Betrag zahlen. Zunächst fuhr nun die durch die Aufregung der letzten Tage angegriffene Gattin Dr. Höfles in das Hotel, wo sie „Dr. Arndt“ jedoch nicht traf. Als sie dann das Hotel verließ, trat der Schwindler, der elegant gekleidet war, auf sie zu und Frau Dr. Höfle zahlte ihm wirklich den Betrag. Der Gauer verschwand daraufhin mit dem Gelde. Als nun Frau Dr. Höfle den Rechtsanwalt Dr. Meberg anrief und ihm mitteilte, sie habe dem „Dr. Arndt“ den Betrag gezahlt, erfuhr sie zu ihrem Schrecken, daß sie einem wahlvorbereiteten Schwindler zum Opfer gefallen sei. Der Gauer hatte den Namen des Anwaltes bei dem Telefongespräch mißbraucht, um sein Opfer in Sicherheit zu wiegen. Leider hat Frau Dr. Höfle in der Aufregung sich dem Erpresser nicht näher angesehen, so daß sie keine genaue Personalbeschreibung zu geben vermochte.

Unmittelbar darauf wurde von einem Gaunertrio ein neuer Erpressungsversuch an Frau Dr. Höfle gemacht. Diesmal aber gelang es, einen der drei zu verhaften. Gegen 12 Uhr mittags ließ sich gestern — Freitag — ein Mann bei Frau Dr. Höfle in ihrer Wohnung in Sicherheit besetzen und bat sie um eine Unterredung. Als er vorgelesen wurde, erklärte er, wichtiges Material in Händen zu haben, das zur sofortigen Freilassung Dr. Höfles führen könne. Er selbst habe die Akten nicht bei sich, sondern sie zwei Freunden anvertraut die in der Nähe warteten und ihm die Papiere alsbald nach der Einwilligung der Frau Dr. Höfle auszubändigen würden. Die Dame ließ ihn warten mit dem Bemerkten, daß sie sich kein Angebot überlegen müsse. Heimlich alarmierte sie das Ueberfallkommando, das sofort erschien und den Mann festnahm. Er wurde festgehalten als ein Oberkellner Gustav B u s s a f f, der in Berlin an der Fischerbrücke 12 wohnt. Seine beiden Komplizen, die am Bahnhof Scharfstraße warteten, hatten natürlich das Herannahen des Ueberfallkommandos bemerkt und es gelang ihnen, zu entkommen.

Der Liebestod im Hotel.

Ein Liebestragödie spielte sich gestern in einem Hotel in der Dorotheen-Stadt ab. Dort waren vorgestern zwei junge Leute unter einem falschen Namen abgeblieben. Als sie sich vormittags nach zur rechten Zeit zum Kasse in dem Hotel eingefunden hatten, bemerkte sie der Hotelier dazu auf, indem er an die Tür des Zimmers klopfte. Auf seine Aufforderung antwortete die Männerstimme aus dem Zimmer, daß sie in einer halben Stunde unten zum Kasse erscheinen würden. Kurze Zeit darauf hörten Angestellte des Hotels einen Schuß fallen. Sie benachrichtigten sofort das nächste Polizeirevier. Beamte eilten unverzüglich in das Hotel und öffneten gewaltsam die Tür des Zimmers. Man fand die jungen Leute mit Kopfschüssen in einer Blutsprache liegend tot auf. Aus hinterlassenen Papieren konnte festgestellt werden, daß es sich um den 1903 geborenen Chemiker Erich K ö h l e r und um die ebenfalls 1903 geborene Zeichnerin Charlotte T r o s c h a h handelte. Sie wohnten beide bis zum 1. dieses Monats als Untermieter in dem Hause Oranienstraße 72. Wodurch hatten sie sich wahrscheinlich zu Verwandten begeben. Da sie vermutlich dort auf Widerstand gestoßen waren, kehrten sie nach Berlin zurück und flohen in dem Hotel in der Dorotheen-Stadt ab. Die Leichen wurden beschlagnahmt und dem Schauhaufe zugeführt.

Neue schöne Ofen.

Der reaktionären Regierung Thüringens gelang es, das Bauhaus aufzulösen zu lassen. Den Willen, der in der Arbeit des Bauhauses seinen Ausdruck finden sollte, so, zum Teil schon fand, kann sie deswegen nicht unterbinden. Das Ziel, unser Kunstleben mit ethischem und menschlichem Ausdruck wieder zu beleben und weiter diese schon rein formale menschliche Kunst wieder zu einer wirklichen Volkskunst werden zu lassen, dieses Ziel hat bei allen denen allgemeingültigkeit bekommen, die guten Willens sind und nicht alles Neue als „revolutionär“ und „hässlich“ ablehnen. Der Bauhausgedanke — nennen wir ihn so, weil er ja dort in Weimar gewissermaßen stabilisiert wurde — breitet sich trotzdem aus. Jetzt ist z. B. bei der Firma Friedmann u. Weber, Budapest Straße 8, eine Sonderausstellung moderner Ofen zu sehen; besonders interessant ist sie insofern, als es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die bisher, auch in Weimar übrigens, etwas vernachlässigt wurde. Die keramische Werkstätte München-Harlaching verdient deshalb achtungsvolle Bewertung, weil sie in ihrem Betriebe auf Herstellung oder und unmittelbarer Massenware verzichtet, ohne deswegen den künstlerischen Eigenwillen durch besonders hohe Preise dokumentieren zu lassen. So ist der als Stielungsöfen gedachte und hierzu auch vorzüglich geeignete Stielungsöfen Harlaching mit 190 M. zwar um 20 Proz. teurer als ein entsprechendes in der Fabrik hergestelltes Stück, dafür aber Kunsthandwerk, das ideale Materialbeherbergung erkennen läßt. Die starke Betonung des Keramischen, eine eigene sehr schöne Ofenarchitektur und reines künstlerische Durcharbeitung durch — Tonkünstler, deren Kompositionen auch den Unmühsamsten erwidern sollen, machen auch die teureren Ofen zu Kunstwerken, die ihren Platz in der Zimmerdekor nicht nur zum Verblüffung der Wärmebedürftigen machen könnten.

Schöne Ofen, häßliche Ofen — wenn alle sich nur wärmen könnten!

Die dritte deutsche Jagdausstellung wird am Sonnabend, den 14. Februar, nach monatelanger mühevoller Arbeit im Museum für Naturkunde in der Invalidenstraße eröffnet. Die Ausstellung übertrifft alle vorhergegangenen Ausstellungen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 14. Februar.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse).
Sprachunterricht: Direktor Jul. Glöck. „Esperanto“. 4.30—5 Uhr
abends: Unterhaltungsmusik: Berliner Funkkapelle. 6.40 Uhr
abends: Vortrag Prof. Dr. Erich Lehmann: „Ein Gedenktag der
Kinematographie“. 7—7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung
Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Medizinalrat Dr. Stoermer: „Aus dem
Gebiet der gerichtlichen Medizin“. 8. Vortrag: „Nicht
tödliche Körperverletzungen“. 7.35 Uhr abends: Prof. Dr. Gustav
Leibnauer: „Ueber die Empfangstechnik der drahtlosen Tele-
graphie und Telephonie“. 8.30 Uhr abends: Stiftungsfest des Ge-
sangsvereins „Die Melstetinger von Berlin“. E. V. mit anschließendem
Ball und Kaffeestafel. Ueberraschungen aller Art. — Polizei-
stunde 12 Uhr.

gen auf diesem Gebiete. Man sieht, von sachmännischer Hand ge- gliedert, eine große Reihe der prächtigsten Gemälde, unter den Au- feren befinden sich einzelne sehr seltene Exemplare. Auch eine große Sammlung von deutschen Vögeln und belehrendes Material über die Schonzeiten der Tiere ist ausgestellt. Die Industriearbeitung um- faßt alles nur Erd-nützliche an Ausstellungsgegenständen. Aus Anlaß seines 50-jährigen Bestehens begeht gleichzeitig der Allgemeine Deutsche Jagdclubverein am Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, eine Feyer im Konzertsaal Charlottenburg, Hardenbergstraße.

Zum Grubenunglück.

Schlagwetterexplosion und Kohlenstaubentzündung.

Dortmund, 13. Februar. Bis heute abend 6 1/2 Uhr konnten im ganzen 121 Tote aus dem Schacht der Zeche „Minister Stein“ geborgen werden. 14 Bergleute werden noch vermisst, so daß die Zahl der Toten sich auf 135 stellen dürfte. Die Bergungarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig. Immer wieder stürzten an eben ausgeräumten Stellen neue Gesteinsmassen nach. Trotzdem immer neue Rettungsmannschaften einströmen, ist noch gar nicht abzusehen, wann die letzten Toten geborgen werden können, da sich die Ausdehnung der eingestürzten Stellen von den Rettungskolonnen gar nicht übersehen läßt. Daher löst sich auch noch nicht abgeben, wie die Explosion entstanden ist. Der Sicherheitsausschuß, dem auch vier Reichstagsabgeordnete angehören, ist seit heute morgen mit der Untersuchung beschäftigt. Die Kommission ist bereits einmal in den Schacht eingestiegen und hat zahlreiche Vernehmungen vorgenommen. In den Auf- bahrungsräumen ist man mit der Einfargung der Toten be- schäftigt. Von diesen sind 12 bis jetzt noch nicht rekonstruiert. Die gestrige Zellungsmeldung, daß von den Rettungsmannschaften ein Bergarbeiter zu Tode gekommen sein soll, ist unrichtig. Bis jetzt hat sich außer Vergiftungserscheinungen, die bei dem Eisern der Rettungsmannschaften nicht zu verzeichnen waren, kein weiterer Un- glücksfall unter ihnen ereignet. Von den an Vergiftung Erkrankten befindet sich keiner in Lebensgefahr. Die Beerdigung der Opfer findet wahrscheinlich am Dienstag statt.

Dortmund, 13. Februar. Der an Ort und Stelle befindliche Korrespondent der „Bl. Volkstg.“ hatte Gelegenheit, mit einem der Veretteten sowie Mitgliedern der Rettungsmannschaft zu sprechen. Der Verettete erklärte, daß er so heftig beiseite geschleudert wurde, daß er einen Beinbruch erlitt. Ein zweiter hat eine Lungen- entzündung bekommen. Beide fühlen sich noch sehr schwach, während die anderen sich auf dem Wege der Besserung befinden. Zwei Steiger der Rettungsmannschaften erklären u. a., daß sie gegen 1/2 Uhr nachts, nachdem das Unglück eingetreten war, ein- führen, und zwar bis zur 2. Sohle, etwa 284 Meter tief. „Wir drangen dann weiter vor und fanden in dem sonst guten Stellen einzelne Rester, wo meterhohe Flöße zu Bruch gegangen waren. Wir drangen ohne Sauerstoffapparate weiter vor. Dann begann das Chaos. Bei einem Gefenke sah es fürchterlich aus. Föhdr- wagen, Drähte, Holz, alles lag bunt durcheinander, und hier fanden wir auch die ersten Toten, 11 Mann. Zurückkommend zum ersten Gefenke, wurden wir angerufen, daß sich oben noch Lebende vermittel hätten, und wir drangen durch den Bremsberg von Flöz 210 vor. Bei den ersten 60 bis 100 Metern war es uns fast unmög- lich, vorwärts zu dringen, doch gelang es, bis zu einem Hülfort vor- zukommen, wo wir die Lebenden fanden, die wir alsbald bargen. Als wir zurückkamen, gingen wir bis zur westlichen Strecke, von wo ein Mann totemelnd an uns herantrat. Er konnte nur noch sagen: „Dahinten!“ Wir gingen vor, wußten aber nicht, ob wir die nörd- liche oder südliche Richtung einschlagen sollten, als wir vier Tote bemerkten.“ Hiernach erklärten die beiden Steiger, daß ihnen die Sinne schwanden und sie erst im Krankenhause wieder zu sich kamen.

Die Teilnahme der Arbeiterschaft.

Der Bundesvorstand des ADGB hat am den Berg- arbeiterverband Bochum folgendes Telegramm geschickt: „Das tier- erschütternde Grubenunglück bei Dortmund hat wiederum über 100 Kameraden aus dem Leben gerissen. Ein Leben schwerster Arbeit und täglicher Gefahr. Der Bundesvorstand spricht dem Bergarbeiter- verband seine herzlichste Teilnahme, den Familien der Tapferen, die ein Opfer ihres harten Berufes wurden, sein tiefempfundenes Bei- leid aus. Die jahrzehntelangen Bestrebungen des Bergarbeiterver- bandes, durch technische Verbesserungen den Kreis der Gefahren enger zu ziehen, denen die Bergarbeiter in so hohem Maße aus- gesetzt sind, haben leider noch nicht zu erreichen vermocht, daß solche Katastrophen sich nicht mehr ereignen können. Das Dortmunder Unglück muß jetzt wie ein Appell an das nationale Gewissen wirken. Der Bundesvorstand gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Ursache der Katastrophe nicht in der unverantwortlichen Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen zu suchen sein wird, die leider mehr als ein- mal der Anlaß der Tragödien war, die den Beruf des Bergmannes zu einem der schwersten und gefährlichsten machen. Der Bundes- vorstand versichert, darauf bringen zu wollen, daß alles geschieht, um zu einer raschen und gründlichen Aufklärung des verhängnisvollen Unglücks zu gelangen und daß nichts unterlassen wird, was dazu bei- tragen kann, den Gefahrenschutz in Zukunft wirksamer zu gestalten.“

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratische Partei für das westliche Westfalen hat eine Sammlung für die Opfer der Grubenkatastrophe auf „Minister Stein“ eröffnet. Es sind bereits eine ganze Reihe von Beiträgen eingegangen. Weitere Gelder können eingezahlt werden auf Konto Franz Klumpf, Parteisekretär Dortmund, Postfachamt Dortmund 3278. Der Be- zirksvorstand wird bereits am Sonnabend eine erste Rate an die betroffenen Familien zur Auszahlung bringen.

Aus Anlaß des schweren Unglücks auf der Kohlenzeche „Minister Stein“ bei Dortmund brachten der Apostolische Runtius so wie die Boten von Frankreich und Rußland, bei- italienische Gesandtschaftsträger und der norwegisch. Gesandte dem kaiserlichen Amt ihre Teilnahme zum Ausdruck. In der Freilassung des österreichischen Nationalrats widmete der Präsident den Opfern der Grubenkatastrophe von Dort- mund einen Nachruf.

Der Spezialklub belgischer Riesen- und Hermetinfischzucht Neufels veranstaltet vom 13. bis 15. Februar im Fokal von Vichy ein Neufels- Vergn. 14. seine diesjährige Klubschau, verbunden mit einer Ausstellung von Belisaren und Fellen. Freunde und Gönner der Wasserschicht sind herzlich willkommen.

Ein Portemonnaie mit Kassepapiere verloren. In der Westlands- führung der Kinderfreunde im Appenheimer. Lindenstr. 3. Portemonnaie mit Kassepapiere verloren gegangen. Abzugeben im Frauencharitativ- Lindenstr. 3. 2. Hof. II.

Jugendweibe in Teltow. Der Ortsausflug Teltow und Umgebung veranstaltet seine diesjährige Jugendweibe an 29. März in Teltow. Anmerkungen zur Teilnahme können beim Hof- jagen- Club, Teltow, Lindenstr. 30, erfolgen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind
Berlin G. B. 68. Lindenstr. 1.
Nets an das Bezirkssekretariat.
2. Hof. 2. Tre. rechts. zu richten.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Gesellschaft jeden Sonn- abend nachmittags von 5—6 Uhr im Jugendheim Köpenick. 4.
2. Kreis Tiergarten. Sonntag, den 22. Februar: Junger Abend mit Lesn im großen Saal des Reichs-Gesellschaftshauses, Wilschtr. 24. Beginn 8 Uhr. Eintrittskarten 10 M. inkl. Steuer und Konz. sind bei allen Abteilungsstellen und Funktionären zu haben.

Heute, Sonnabend, den 14. Februar:
Jugendklub Berlin-Mitte. Treffpunkt zum Vertaus des Jugendklub-Club
Dr. Franke um 6 1/2 Uhr am Badischen Platz. — Sonntag: Wandern
Teltow (12 1/2 Uhr) im Clubhaus Vorkriegsclub.

Kriegsopfernot und Reichstag.

Ueberpensionen den Berufsoffizieren!

Im Reichstag feierte bei Eröffnung der Freiungsstunde Präsident Eöbe ein Beileidstelegramm des Danziger Volkstages zum Tode der Grubenunglück mit. — Neu eingetreten in den Reichstag ist als Nachfolger Bauers der Abg. Berl-Ragdeburg (Soz.).

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes wird beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dnat.) begründet einen Antrag gegen Eisenbahnerabbau im besetzten Gebiet.

Staatssekretär Geib erklärt, daß mit der Reichsbahn schon Führung genommen sei. Die Forderung nach einem Anmeldezwang bei den Arbeitsnachweilen werde geprüft werden.

Abg. Groß (S.) wünscht vorbeugende Maßnahmen, damit die entlassenen Werkstättenarbeiter nicht einfach den Gemeindeverwaltungen zur Last fallen.

Abg. Hoch (Soz.) tritt dieser Beschwerde bei. In Zeiten wie den heutigen dürfe man nicht noch dazu übergehen, die betreffenden Arbeiter der Privatindustrie zu übertragen.

Abg. Kädel (Komm.) fordert volles Mitbestimmungsrecht der Erwerbslosen bei den Arbeitsnachweilen.

Ueber die Militärrenten spricht

Abg. Kofmann (Soz.):

Ich habe schon vor einigen Wochen auf die Rechtsprechung des Reichsverwaltungsgerichts hingewiesen, die neuerdings geeignet ist, das Vertrauen der Kriegsopfer zur Rechtsprechung zu erschüttern. So werden Senats, die gut zusammenarbeiten, auseinandergerissen und durch andere ersetzt, die nicht das notwendige soziale Empfinden besitzen. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Besitzer aus Berlin oder der näheren Umgebung von Berlin genommen. Es wäre wünschenswert, wenn Besitzer aus dem ganzen Reich genommen würden. Angehörig offenbar ungerechtfertigte Returje werden zurückgewiesen, ohne daß den Kriegsopfern die Gelegenheit gegeben wird, Beweise für ihren Anspruch beizubringen. Schärftes Widerpruch müssen auch solche Urteile hervorrufen, die auf der einen Seite bei Leuten, die ein hohes Einkommen haben, deren soziale Stellung berücksichtigen, daher den Eltern Rente zusprechen, auf der anderen Seite, wenn es sich um Arbeiter mit vielleicht einem Einkommen von 1200 Mark im Jahr handelt, die Unterhaltspflicht dieser Arbeiter feststellen und den Eltern keine Renten zusprechen! (Hört! hört! bei den Soz.)

Lebhaftem Unwillen hat ein Urteil des großen Senats des Reichsverwaltungsgerichts hervorgemittelt, daß

den aktiven Offizieren der alten Armee die Pension aus der einmal befristeten höheren Kriegsstelle

anspricht. Wenn ich dieses Urteil kritisiere, so bewegt mich keine Vorurteilnahme gegen den Stand der Offiziere, sondern ich wende mich lediglich aus Rechtsgefühl dagegen. Vor dem Krieg war diese Bevorzugung der Offiziere gegenüber den Besatzten noch leichter zu ertragen, der Krieg hat aber ganz ungeahnte Beförderungsmöglichkeiten für die aktiven Offiziere geschaffen. Noch 1920 ist ein ähnlicher Anspruch der Reichswehr abgewiesen worden, dafür wurden sie bei der neuen Beförderungsmöglichkeit günstig behandelt. Es muß festgestellt werden, daß das alte Recht der aktiven Offiziere durch das neue Gehalts- und Pensionsrecht längst abgelöst ist. Es handelt sich bei ihnen genau so um eine Folge der Geldentwertung wie bei allen von der Inflation Betroffenen. Das neue Pensionsgesetz ist bewußt hinter den alten Leistungen zurückgeblieben mit der Begründung, daß die Bezüge der Besatzten des Reichs angepaßt werden müssen. Es würde zu ganz außerordentlichen Folgen führen, wenn alle Pensionen auf Grund der alten Soldatpensionsrechte anerkannt würden. Die Regierung hat bis vor wenigen Monaten keinen anderen Standpunkt eingenommen, aber vor diesem Urteil hat das Reichsfinanzministerium die Waffen gestreckt. Es kostet das Reich nach Mitteilungen des Offiziersbundes 50 Millionen Mark jährlich. (Hört! hört! bei den Soz.) Wie sich dieses Urteil auswirkt, sieht man an folgendem Beispiel:

In vielen Fällen haben Offiziere, die bei Kriegsausbruch Oberleutnant waren, als Oberst eine Brigade im Krieg befehligt. Statt aus 6000 M. Grundgehalt sollen sie jetzt aus 13 000 M. pensioniert werden! Die Regierung hätte den bisherigen Rechtsstandpunkt wahren und vom Reichstag verlangen müssen, daß er der 7. Ergänzung zum Besoldungsgesetz rückwirkende verfassungsändernde Kraft gibt.

Wenn es sich um die Kriegsopfer und deren Hinterbliebene handelt, da ist die Regierung viel härter.

Als wir eine kleine Entschädigung für die abgefundenen 20.000 Kriegsbeschädigten verlangten, die 15 Millionen Mark einmalige Ausgaben ausmachen sollte, hat der Finanzminister mit seinem Rücktritt gedroht. Genau so war es bei der Abfindung der wiedererwerbsfähigen Witwen; die Finanz- und Rentenlage des Reichs gestatte das angeblich nicht. Wenige Monate später sind aber hunderte Millionen in den dunklen Gewässern der Ruhr verschwunden.

Man verweist bei der Begründung der Ansprüche der früheren aktiven Offiziere auf höhere Leistungen und höhere Verantwortlichkeit. Aber die Mannschaften, Unteroffiziere und Reserveoffiziere haben das gleiche geleistet und nichts anderes geerntet als eine schwere wirtschaftliche und ideale Schädigung. Ich mache heute darauf aufmerksam und werde abwarten, ob der Ausschuß, der sich damit beschäftigt, die volle Verantwortung für eine kampflose Hinnahme dieses Urteils übernehmen wird, zu derselben Zeit, wo die Kriegsopfer im Durchschnitt mit 255 Mark Rente pro Jahr abgefunden werden, wo Tausende von Kriegsverletzten, die beide Beine verloren haben, 35 Mark Rente im Monat erhalten, wo 721 000 Kriegsopfer durch die Entwertung ihr Abfindungsgeld und ihren Rentenanspruch verloren haben, denen man nichts mehr geben will. Auf die schweren politischen und finanziellen Folgen des Urteils des Reichsverwaltungsgerichts hinzuweisen, hat mir mein Gewissen vorgeschrieben. Jetzt überlegen Sie es sich, ob Sie dauernd die Verantwortung dafür übernehmen wollen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brüninghausen (D. Sp.): Es ist undenkbar, daß das Reichsverwaltungsgericht aus politischen Rücksichten urteilen könnte. Den häufigen Personalwechsel in den Senats des Reichsverwaltungsgerichts bitte ich möglichst zu vermeiden. Von der Bemerkung, daß für vorübergehende Wahrnehmung einer höheren Stellung eine höhere Pension zusteht, wird eine sehr große Anzahl von Offizieren gar nicht betroffen. Man sollte nicht immer die Entscheidung der höchsten Gerichte anzweifeln. Dadurch wird das Vertrauen in die Rechtsprechung gefährdet.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Die Ausführungen Kofmanns trugen nicht gerade zur sachlichen Verhandlung bei. Diese Frage der höheren Pensionierung beschäftigt uns seit Jahren. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts besteht in solchen Fällen ein Rechtsanspruch auf die höhere Pension. Wir sollten uns freuen, daß endlich darin eine Rechtsicherheit geschaffen ist. Wir leben genug unter Rechtsunsicherheit. Ich erinnere nur an die Entscheidung des Reichsgerichts in der Zuverlassungsfrage. Von besonderer Offiziersfreundlichkeit der Re-

gierung Stresemann haben wir nichts gemerkt. Daß durch die höhere Pension ein Mehraufwand von fünfzig Millionen entsteht, ist doch sicherlich sehr weit übertrieben. Ein Vergleich der Pensionen von sozialdemokratischen Bürden-trägern und denen der Offiziere dürfte sehr zu Gunsten der ersteren ausfallen. (Stürmischer Widerspruch der Sozialdemokraten.)

An den Offizieren hat der Staat immer gespart.

Die alten Offiziere stehen in besten Beziehungen zu denen der Reichswehr. Auffallend ist es, daß die Sozialdemokraten eine Pensionserhöhung nur bei den Offizieren bekämpfen. Den Offizieren ist ihre ganze Berufsstellung genommen. Ihre Lage ist verschärft durch die Inflation. Nicht um materieller Interessen hat das Offizierskorps das Vaterland verteidigt. Die Offiziere verteidigen nur ihre wahlwerbenden Rechte. (Beifall rechts.)

Abg. Rohmann (Soz.):

Ich habe mit keinem Wort die Offiziere als Berufsstand angegriffen. Es handelt sich hier ganz allein um eine Rechtsfrage. Ich habe auch nicht von politischen Gründen des Urteils gesprochen, sondern von möglichen politischen Folgen, die aus einer solchen Rechtsprechung entstehen könnten. Wir irren keine Offiziershebe, wir weisen einen solchen agitatorischen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Kädel (Komm.): Wir Kommunisten haben kein Interesse daran, die Republik zu verteidigen.

aber wir müssen gleichwohl darauf hinweisen, daß die Abfindungen der Offiziere aus den Taschen der Steuerzahler genommen werden. In Sowjetrußland werden kriegsbeschädigte Offiziere und Mannschaften vollkommen gleich behandelt, in Deutschland haben die Offiziere so hohe Pensionen, daß sie ohne jede Arbeit davon gut leben können.

Ministerialrat Kerchensteiner:

Daß in den letzten Jahren ein besonders starker Personalwechsel beim Versorgungsgericht eingetreten ist, trifft nicht zu. Die hohen Beweiserhebungsstellen im Jahre 1924 werden sich 1925 verringern, weil mit einer wesentlich geringeren Zahl von Returjen gerechnet werden kann. Das grundsätzliche Urteil des Reichsverwaltungsgerichts betraf eine strittige Rechtsfrage. Die Reichsregierung hat in dieser Frage ihren Standpunkt entschieden vertreten, aber das Urteil ist nach eingehenden Beratungen und nach Würdigung des gesamten Materials durch das Gericht ergangen. Das Gericht hat damit den Grundsatz aufgestellt, daß § 83 des Offizierspensionsgesetzes auch heute noch gilt.

Alle Senate des Reichsverwaltungsgerichts müssen diesen Grundsatz bei ihrer Rechtsprechung anwenden, denn sonst wäre eine einheitliche Rechtsprechung nicht möglich. Die Regierung hat deshalb durch die Verordnung vom 8. Januar 1925 diese Frage einheitlich geregelt. Die Kosten, die durch diese Entscheidung entstehen, habe ich bereits im Ausschuß auf 18 bis 20 Millionen jährlich angegeben. Der Ausschußantrag, worin die Regierung erlucht wird, diese Verordnung zurückzuziehen, wird mit einigen anderen Anträgen in dieser Frage dem Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen überwiesen.

Bei den einmaligen Ausgaben für Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Arbeiterkassen fordert der Ausschuß u. a. die Vorlegung eines Hausgehilfengesetzes.

Abg. Frau Reiche (Soz.):

Schon vor dem Kriege war festgestellt worden, daß die Zahl der Hausangestellten abnahm und relativ zurückging. Das hat sich seitdem nicht geändert. Es regt nicht zu Erregung des Berufs an, wenn die Mädchen entweder keine Möglichkeit zum Besuch einer Fortbildungsschule haben oder wenn dort, wo es gelingt, für die Hausangestellten wirtschaftlichen Unterricht einzuführen, ihnen der Schulbesuch von den Hausfrauen als freie Zeit angerechnet wird. Der Reichstag hat schon früher die Vorlage eines Hausgehilfengesetzes verlangt. Es ist auch ein Regierungsentwurf ausgearbeitet worden, der seit einem Jahr dem Reichswirtschaftsrat vorliegt. Das ist eine Verschleppung. (Sehr wohl! h. d. Soz.) Die Hausgehilfen haben das Recht, auf schnelle gesetzliche Regelung ihres Arbeitsverhältnisses zu dringen. Um eine neue Verlagerung zu verhindern, hat unsere Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der in aller Schnelligkeit ausgearbeitet werden mußte,

baher auch nicht vollkommen ist. Bei der Beratung im Ausschuß werden wir die notwendigen Verbesserungsanträge stellen. Vor allen Dingen muß

den Hausgehilfen ein Recht

gegeben werden, auf das sie sich berufen können. Arbeitszeit und Urlaub sind so zu regeln, daß das Arbeitsverhältnis nicht den vollen Menschen beansprucht. Noch immer nicht wollen die Klagen verstummen, daß die Hausgehilfen 12 bis 16 Stunden täglich beschäftigt werden. Diese Haushaltsvorstände sehen in ihnen nur Menschen, die nur Pflichten zu erfüllen haben. Ohne die Hausangestellten wäre ein harmonisches Zusammenleben dieser Familien nicht möglich. Manche Hausfrauen wünschen ein freundliches Benehmen von den Angestellten, ohne danach zu fragen, ob sie zur Vertretung gezwungen werden. Nicht weniger zu wünschen übrig läßt die Wohnung und die Beköstigung. Es ist traurig, daß das erst einer gesetzlichen Regelung bedarf! Wir erwarten von dem Gesetz eine Hebung des Berufsstandes und eine Stärkung der Berufs-treue. Aber die Hausangestellten dürfen nicht geringere Rechte als die übrigen Arbeitnehmer haben. (Beif. Beif. h. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf geht an den sozialpolitischen Ausschuß.

Die Beratung des Antrags Müller-Franken (Soz.) auf Vorlegung des Entwurfs eines Schankstättengesetzes soll auf Vorschlag des Abg. Schulz (Dnat.) von der Tagesordnung abgesetzt werden. Hierüber wird Auszahlung nötig, die die Annahme des Antrags Schulz mit 141 gegen 131 Stimmen ergibt.

Nach kurzer Besprechung wird ein Gesetzentwurf angenommen, wonach für die Weine des Jahrganges 1924 die in § 3 Abs. 2 des Weingesetzes vom 7. April 1909 vorgesehene Zuckergrenze bis zum 31. März 1925 erstreckt wird.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

beantragt, auf die morgige Tagesordnung den Antrag der Sozialdemokraten zu setzen, wonach die Reichsregierung erlucht werden soll, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Vorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn dahin ändert, daß 1. der steuerfreie Lohnbetrag auf 100 M. monatlich (24 Reichsmark wöchentlich) erhöht wird, 2. auch in den Fällen von Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung usw. sowie bei den Saisongewerben der volle jährliche steuerfreie Lohnbetrag im Wege des Lohnsteuerabzugs gutgebracht wird. Die Regelung dieser Materie sei außerordentlich dringlich. Es habe große Erbitterung unter den Lohnempfängern erregt, daß eine Milderung der Besteuerung vorgenommen werden sollte, deshalb sei eine beschleunigte Beratung des sozialistischen Antrages eine dringende Notwendigkeit.

Abg. Hergt (Dnat.) wünscht, daß dieser Antrag nur dann auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden solle, wenn er ohne Debatte dem Steuerausschuß überwiesen werde.

Abg. Dr. Herz: Zu dieser Stunde können sich meine Freunde nicht verstehen, zumal Sie (nach rechts) im Ausschuß bereits den Versuch unternommen haben, Ihre dringlichen Angelegenheiten sofort zu regeln, ohne sie auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen. Aus einer Besprechung unseres Antrages können wir nicht verzichten.

Der Antrag Herz wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.

Heute Sonntag 1 Uhr: Keine Vorlesungen und Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Aeltestenrat des Reichstags

bestimmte in seiner gestrigen Sitzung den Geschäftsplan des Reichstages. Am Montag wird die Beratung über den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums beginnen. Voran sollen sich die großen Debatten über die Immunität der kommunistischen Abgeordneten, die an dem Leipziger Prozeß beteiligt sind, anschließen. Eine Sitzung des Ausschusses für die besetzten Gebiete wird in der nächsten Woche in Köln stattfinden. In bezug auf die nach der Geschäftsordnung zulässigen Erklärungen von einzelnen Abgeordneten außerhalb der Tagesordnung, die in den letzten Tagen einen ziemlich breiten Raum eingenommen haben, gab der Aeltestenrat dem Präsidenten anheim, die Dauer solcher Erklärungen fünf Minuten nicht wesentlich überschreiten zu lassen, jedoch soll diese Frage noch einmal im Geschäftsausschuß nachgeprüft werden.

Uferlose Untersuchungsrederei.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Im preussischen Untersuchungsausschuß äußerte sich der Agitationsminister Dr. v. Richter (D. Sp.) auf Fragen des Abg. Bartels (Komm.) über die Art der Aufklärung über die Seehandlung.

Auf die Frage des Abg. Dr. Badt (Soz.), ob formale Grundzüge über die Kreditgewährung bestanden hätten, antwortete der Zeuge, daß Bestimmungen dahin gingen, daß alle größeren Geschäfte vorgetragen werden mußten, so daß sie innerhalb der Direktion zur Sprache kommen mußten.

Abg. Kuttner (Soz.): Ist es nicht, als festgestellt wurde, daß die Dinge bei der Staatsbank nicht mehr in Ordnung waren, Pflicht des Leiters des Instituts gewesen, dem Minister auf schnellstem Wege davon Mitteilung zu machen?

Zeuge v. Richter: Wir sind bei der Staatsberatung im vergangenen Jahre über diese Dinge keine Informationen zugegangen.

Abg. Kuttner (Soz.): Im Mai wurde doch seitens der Staatsbank der Beschluß gefaßt, daß die Kredite nicht mehr erhöht werden konnten und daß sie sogar schleunigt abgedeckt werden mußten. Dieser Beschluß muß doch aus der Erkenntnis heraus erfolgt sein, daß die Dinge nicht mehr in Ordnung waren. Wäre es da nicht richtig gewesen, dem Herrn Minister darüber Vortrag zu halten?

Zeuge v. Richter: Darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Und das muß man dem Leiter des Instituts überlassen. Wenn die Dinge aber so lagen,

so wäre es wohl notwendig gewesen, daß ich so bald als möglich von diesen Dingen Kenntnis erhielt.

Staatsbankpräsident Schröder: Im Mai 1924 haben wir den Beschluß gefaßt, den der Abg. Kuttner erwähnt hat. Die Sache sah damals im Mai aber doch nicht so aus wie heute.

Auf eine Frage von Zentrumsjelle, ob die Vorgänge bei der Seehandlung nicht vielleicht an dem ungünstigen System lagen, das es ermöglichte, daß Dr. Kühle und Hellwig diese Sachen machen konnten, und daß dieses System dann hätte geändert werden müssen, erwidert Zeuge v. Richter, er glaube nicht, daß es an einem Systemfehler liegt, sondern daran, daß Kühle und Hellwig diese wichtigen Angelegenheiten nicht vorgetragen haben.

Staatsbankpräsident Schröder schließt sich dem Standpunkte des Zeugen v. Richter an, daß man über das System verschiedener Ansicht sein könne und erklärt, daß während seiner ganzen Amtszeit so verfahren wurde, als wenn eine Kollegialverfassung bestanden hätte.

Abg. Stoll (Komm.): Was es da anlässlich der Kreditrestitutionen der Reichsbank nicht Pflicht der Aufsichtsinstanz, sich auch einmal um die Arbeiten und Befähigungen der Staatsbank zu kümmern?

Zeuge v. Richter: Es könnte niemals eine Rede davon sein, daß ein Widerspruch in der Kreditpolitik der Reichs- und Staatsbank vorhanden war.

Staatsbankpräsident Schröder: Es ist eine alte Tradition der Staatsbank, daß sie ihre Kreditpolitik stets im engsten Einvernehmen mit der Reichsbank führt.

Auf eine Frage des Vorsitzenden Dr. Ledbig, ob dem Staatsbankpräsidenten bekannt ist, daß der Reichsbankpräsident auch jetzt mit der Politik der Staatsbank einverstanden sei, versichert Präsident Schröder, daß ihm das vom Reichsbankpräsidenten bestätigt worden ist.

Abg. Kuttner (Soz.) fragt, warum der sehr gut ausgebildete Aufsichtsrat über die Preussische Staatsbank mit seinen drei Spitzengliedern: Direktorium, Staatsbankpräsident, Finanzminister bei dem Kreditgewährungen an Barmal und Kuttner so gänzlich verlor habe,

es müsse doch da ein Organisationsfehler vorliegen,

denn es sei festgestellt, daß zwei Abteilungsleiter, Kühle und Hellwig, die Möglichkeit gehabt hätten, die Staatsbank in ungeheuren Umfange festzulegen, ohne daß einem dieser Spitzenmitglieder etwas davon bekannt gewesen wäre. Hätte nicht dem Herrn Finanzminister wenigstens über diesen Organisationsfehler, der doch zuerst sichtbar wurde, Bericht erstattet werden müssen?

Zeuge v. Richter: Ich kann nicht zugeben, daß es sich um einen Organisationsfehler gehandelt hat, denn wenn es sich darum handelt, daß sich jemand über etwas hinweggesetzt und tut, wozu er nicht berechtigt ist, wird man diesen Fehler nicht durch andere Organisation beseitigen können.

Abg. Kuttner (Soz.): Ob sich Kühle und Hellwig einfach über irgend etwas hinweggesetzt haben, steht noch nicht fest. Staatsbankpräsident Schröder und Finanzrat Barmal sind

wiederholt erklärt, Ruhe und Hellwig hätten über einzelne Dinge in den fraglichen Kreditgeschäften dem Direktorium der Staatsbank Vortrag gehalten. Einzelheiten dieser Vorträge waren allerdings den Vertretern der Staatsbank nicht mehr erinnerlich. **Latschke** ist jedenfalls, daß außer Ruhe und Hellwig niemand über die Geschäfte mit Barmat und Kuttiser genau unterrichtet war, und das scheint doch ein Organisationsfehler gewesen zu sein, und es wäre Pflicht der Leitung der Staatsbank gewesen, dem Minister hierüber zu berichten.

Zeuge v. Richter: Abg. Kuttner will von mir ein Urteil haben. Falls meine Anklage vereidigt wird, möchte ich da um einen Sachverständigen bitten.

Abg. Kuttner (Soz.) kommt nun nochmals auf den Empfehlungsbrief des Ministers zu sprechen, den Hellmann für Barmat erhalten hatte, und fragt, ob wohl ein Unterschied dabei besteht, wenn man in solchen Schreiben die Formel wählt, der Adressat möchte „sein wohlwollendes Interesse schenken“, oder dem Adressaten „wird anheimgestellt“, die Sache zu erledigen.

Nachdem Vorf. Dr. Leidig vorgelesen hat, über diesen contentuellen Unterschied in der Formulierung doch den Empfänger, den Staatsbankpräsidenten, auslagern zu lassen, erklärt

Staatsbankpräsident Schröder: Es wäre im einen Falle genau so gewesen wie im anderen. Hätte ich Bedenken gehabt, so hätte ich Herrn Barmat nicht empfangen.

Abg. Waentig (Soz.) kommt nun auf ein Interim zu sprechen, das Finanzminister v. Richter nach Bekanntwerden der Barmat- und Kuttiser-Skandale einem Vertreter der „S. Z. am Mittag“ gewährt hatte und in dem fingenäh zum Ausdruck kam, daß der Finanzminister schon früher den Standpunkt vertreten habe, die Besoldung der Staatsbankbeamten besonders zu regeln und sie jedenfalls nicht hinter der Besoldung der Privatbankbeamten zurückstellen zu lassen, weil man sonst keine zuverlässigen Beamten bewegen könnte, in den Staatsdienst zu treten. Waentig fragt, ob diese Aufassung des Ministers richtig wiedergegeben ist.

Zeuge v. Richter: Ich habe bei dem betreffenden Interim allerdings eingehend auf dieses meiner Ansicht nach sehr wichtige Moment hingewiesen und gesagt, daß man natürlich keinem zuverlässigen und tüchtigen Beamten erlauben könne, aus einer gutbezahlten Stellung in der Privatwirtschaft in eine schlechtbezahlte staatliche Stellung hinderschwimmen und daß, wenn man die Besoldung nicht einer Reform in dieser Beziehung unterwerfe, eben keine tüchtigen Beamten in den Staatsdienst treten und sich dann solche Fälle leichter ereignen könnten, wie die bedauerlicherweise hier vorliegenden.

Dr. v. Richter (D. Sp.) wird vom Berichterstatter Abg. v. Waldhausen (Dnat.) noch gefragt, ob eine Verpflichtung des Staatsbankpräsidenten zur Anzeige an den Finanzminister erst dann bestünde, wenn der Kredit der Firma gefährdet erschien. Der Vorsitzende beantwortet diese Frage in diesem Zusammenhang; sie werde später unter einem anderen Gesichtspunkt noch erörtert werden. Sodann beantwortet der Staatsbankpräsident Schröder eine Anfrage des Abg. Deereberg (Dnat.) dahin, daß er

das Empfehlungsschreiben des Finanzministers v. Richter als eine reine Höflichkeit aufgefaßt habe; es sei in keiner Weise Ursache gewesen für die Behandlung der Angelegenheit. Damit ist die Vernehmung Dr. v. Richters beendet.

Hierauf teilt der Vorsitzende Dr. Leidig ein Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Haag mit, wonach Judko Barmat ein Dauerkreditvermerk im Mai 1919 auf drei Monate ausgestellt worden ist.

Zeuge Geh. Rat Hielmann

war Vorsitzender des Ausschusses der Altkreditorverwertungsstelle und sagt aus, daß die Firma Kuttiser 1920 zum erstenmal in den Akten ist. Damals war eine Pfändung eingetreten, und das Reichsfinanzministerium verzichtete auf das Verlangen, daß hierüber nur nach den Grundsätzen des Volksinteresses vermerkt werden dürfe. Kuttiser trat als Käufer auf und kaufte nicht unerhebliches Material. Es ergaben sich Pfändungen und Prozesse. Schließlich hat Kuttiser alle Forderungen auf Grund von Vergleichsverhandlungen bezahlt.

Auf eine Frage, ob die Verwertungsstelle einmal ein glänzendes Zeugnis für Kuttiser ausgestellt habe, erklärt der Zeuge, daß ihm davon nichts bekannt ist. Er kann sich auch nicht erinnern, daß ihm dieses Schriftstück vorgelesen hätte. Nach der Aktenübersicht ergebe sich, daß die Verbindung mit Kuttiser 1920 begonnen habe. Er könne Verhandlungsprotokolle von damals beibringen. Auf eine Frage des Vorsitzenden Dr. Leidig, ob dem Zeugen Kuttiser persönlich bekannt geworden ist, erwidert der Zeuge, daß er nur als Beauftragter der Direktion mit Kuttiser persönlich verhandelt hat, und zwar wegen eingetretener Schwierigkeiten hinsichtlich der Abwicklung der Geschäfte. Er habe es damit erreicht, daß die Gesellschaft nach einigermaßen glücklich aus diesen Schwierigkeiten herausgetreten ist. Dem Zeugen ist weiter nichts davon bekannt, daß Kuttiser jemals an ihn empfohlen worden sei. Später, als der Zeuge nicht mehr bei der Gesellschaft war, habe sich Kuttiser einmal persönlich an ihn gewandt; so fragte er einmal, ob ich (der Zeuge) nicht ihm sein Institut sein wolle, und er benötige, da er jetzt in Litauen Konsul geworden sei, einen Berater in Handelsangelegenheiten, vor allem darüber, was im Handel zu tun ist oder was zulässig ist, da die Verhältnisse in Litauen nicht die gleichen seien wie in Deutschland. Kuttiser habe ihm ein sehr hohes Gehalt geboten. Der Zeuge habe aber abgelehnt. Weiter sei der Zeuge noch einmal als Notar für K. tätig gewesen. Im Mai 1922 habe ihn Kuttiser gebeten, daß er die Vertretung gegenüber der Steuerbehörde übernehmen möchte, damit seine Steuererklärungen korrekt seien, und ferner habe er ihn ersucht, ihn bei einer Auseinandersetzung mit einer litauischen Firma — Objekt etwa 10 Millionen Mark — zu vertreten. Nach zwei erfolglosen Besprechungen habe der Zeuge seine Tätigkeit eingestellt. Einen gesellschaftlichen Verkehr habe er mit Kuttiser niemals gehabt.

Abg. Meyer-Berlin (Soz.): Haben Sie in persönlichen Verhandlungen mit Kuttiser Schwierigkeiten derart gehabt, daß die münd-

liche Verständigung nur sehr schwer möglich war, weil Kuttiser schlecht deutsch sprach.

Zeuge: Die Verständigung mit Kuttiser war sehr schwer. Ich glaube, daß er besser deutsch verstehen als sprechen konnte.

Der Ausschuss beschließt hierauf auf Antrag Dr. Pinkerneil (D. Sp.), den Staatssekretär v. Müllendorff zu laden, der auszusagen soll über den angeblichen Versuch der Einwirkung des Abg. Wels (Soz.) auf den damaligen Reichswirtschaftsminister Wiffell zur Erzielung von Einfuhrerlaubnissen für Barmat. Hierauf wird besprochen

die Wohnungsbeschaffung für die Barmats.

Der Vorsitzende verliest dazu zunächst einen Bericht des Oberpräsidenten an den Minister. (Was im folgenden Akteninhalt und was Bemerkungen Dr. Leidigs sind, geht aus dem BZG-Bericht nicht hervor. Red.) Darin heißt es, daß Barmat für die Beschaffung einer Wohnung ein Empfehlungsschreiben von Ruhe und Hellwig vorlegte. Er hatte eine Reinzimmerwohnung. Da die Familie Barmat nur aus drei Personen bestand, sei für die überzähligen Wohnräume die Zulassungssumme von 12 000 M. festgesetzt worden. Barmat habe erklärt, nicht in der Lage zu sein, diesen Betrag zu zahlen. Stadtrat Hirsch habe darauf den Baukostenzuschuß auf 8000 M. ermäßigt. Eine Genehmigung des Wohnungsamts für Barmat lag nicht vor. Diese wäre nötig gewesen. Nach Ansicht des Oberpräsidenten seien in der Wohnungsangelegenheit die zuständigen Behörden ordnungswidrig verfahren. Es sei sehr merkwürdig, daß Barmat einen Wohnberechtigungsschein erhalten habe, während Ausländer sonst nur einen Wohnerelaubnisschein bekommen. In den Listen des Wohnungsamts befände sich auch kein Antrag Barmats auf Zuweisung einer Wohnung. Er habe auch keine der erforderlichen Papiere für die Eintragung in die Liste und die Zuweisung einer Wohnung vorgelegt.

Zeuge Abg. Paul Hirsch (Soz.):

lagt aus, daß im Juni oder Juli Herr Roskin vom Auswärtigen Amt sich für Henry Barmat bei ihm nach den Bedingungen für Baukostenzuschüssen erkundigt habe. Er habe Roskin gesagt, für einen Ausländer würde es sehr schwer sein, den erforderlichen Wohnberechtigungsschein zu bekommen. Henry Barmat ist dem Zeugen nur ganz flüchtig bekannt. Roskin hat später noch der Unterredung drei Zeugnisse vorgezeigt, die unterschrieben waren von der Seehandlung, von Dr. Hölle und vom Abg. Lange-Hegermann. In dem Zeugnis Dr. Hölles war ausgeführt, daß die dauernde Anwesenheit von Henry Barmat in Berlin erwünscht sei, besonders mit Rücksicht auf die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse. Auch das Zeugnis Lange-Hegermanns befürwortete dringend die Wohnberechtigung aus wirtschaftlichen Gründen, besonders im Interesse der Kreditgewährung für die deutsche Industrie, ebenso das Zeugnis der Seehandlung, das die Unterschriften Ruhe und Hellwig trug.

Vorf. Dr. Leidig verliest sämtliche drei Schreiben aus den Akten. Zeuge Hirsch erklärt, daß der Wohnberechtigungsschein nicht schiedlich auf den Bezug einer Wohnung laute, sondern dieser Schein trage den ausdrücklichen Vermerk, daß er nur gültig ist für den Bezug einer Baukostenzuschußwohnung. Eine formelle Anweisung für den Bezug der Wohnung an Barmat ist damals und auch bis heute noch nicht erfolgt. Die geforderte Abzahlungssumme von 12 000 M. die schließlich, da er erklärte, eine solche Summe nicht zahlen zu können, auf 8000 M. herabgesetzt wurde, sollte in Raten eingehen. Der Zeuge erklärt, das Barmat den ersten und zweiten Teil pünktlich gezahlt habe, der dritte Teil sei von dem damals amtierenden Direktor des Wohnungsamts abgelehnt worden, weil er u. a. Bedenken dagegen hatte, daß mit Bezug auf die inzwischen öffentlich gemordete Affäre Barmat aus dieser Annahme des Geldes irgendwelche Schlüsse gezogen werden können. Festgestellt worden sei, daß ein Neubau errichtet wurde. Allerdings wisse man nicht, ob Frankfurter oder deren Bruder diesen Bau vorgenommen habe. Der Zeuge erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, die Angelegenheit sei in der Hauptsache so gehandhabt worden, daß eine vorläufige Genehmigung unter dem Vorbehalt erteilt wird, daß später die Genehmigungsbefreiung noch beigebracht werden kann.

Auf eine Frage des Abg. Deereberg (Dnat.) erklärt Zeuge Paul Hirsch: Ich war einige Male im Bureau Barmats, um zu versuchen, stellunglose Personen durch ihn unterzubringen oder Unterstützungsbeträge für Bedürftige zu erbitten. Einige Male habe ich auch Unterstützungsbeträge bekommen.

Abg. Badt (Soz.): Obwohl, wie der Zeuge Hirsch erklärt, die endgültige Zuweisung der Wohnung an Henry Barmat noch nicht erfolgt war, ist tatsächlich Henry Barmat eingezogen. Wie erklärt der Zeuge sich diesen Vorgang?

Zeuge Paul Hirsch: Ich kann darüber nichts näheres sagen, die Einzelheiten in solchen Angelegenheiten gehören zur Zuständigkeit der Ausführungsbehörden; ich habe diesbezügliche Akten nicht zu sehen bekommen.

Abg. Meyer-Berlin (Soz.): Hat der Zeuge Hirsch sich auch für die Wohnungsbedürfnisse anderer Persönlichkeiten eingesetzt?

Zeuge Hirsch: Es wenden sich unzählige Leute mit ihren Wohnungswünschen an mich und ich habe in zahlreichen Fällen, wo es mir möglich und angebracht erschien, geholfen.

Auch Parlamentarier aus allen Parteien haben sich mit ihren Wohnungswünschen an mich gewendet.

Augenblicklich sind drei Parlamentarier in Arbeit. (Heiterkeit) Selbstverständlich spielen für mich parteipolitische Gesichtspunkte in diesen Angelegenheiten keine Rolle.

Die Verhandlungen schweifen ab zu der Behauptung des Abg. Stoll (Komm.), bei einem genannten Aktenstück der Staatsanwaltschaft befände sich eine von Paul Hirsch unterzeichnete Quittung

über 50 000 M. Dies sei bereits in der Berliner Stadtorbnetenversammlung zur Sprache gekommen.

Zeuge Hirsch erklärt dazu: Ich habe glücklicherweise einen sehr vernünftigen Bekanntenkreis, in dem sich viele sozial empfindende Menschen befinden, die mir schon seit Jahren für gemeinnützige Zwecke Mittel zur Verfügung gestellt haben. Es sind dies Leute, die sich eines durchaus guten Rufes erfreuen. In meiner Wirtszelt namentlich, aber auch vorher und nachher kamen mir die zur Verfügung gestellten Beträge insofern zustatten, als ich bei meinen Reisen in Preußen überall dort, wo mir von den betreffenden Spitzenbehörden die Not als groß geschildert wurde, helfend eingreifen konnte. Einmal habe ich auch einen Betrag dem Oberbürgermeister Adenauer von Köln für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Hirsch und die Sitzung beendet. Der Termin für die nächste Sitzung steht noch nicht fest.

Das alte Sprichwort, wonach Bügen kurze Beine haben, paßt nicht mehr in eine Zeit, in der man Voruntersuchungen monatelang ausdehnt, um Verleumdungen möglichst lange am Leben zu lassen. Doch mitunter glückt es auch, solche ein Ungezieher rechtzeitig zu töten. Vor etlichen Tagen hatte im Berliner Stadtparlament der Kommunist Stoll behauptet, in den Akten des Staatsanwalts befände sich eine Quittung des Genossen Paul Hirsch über 50 000 Mark. Aus der Form der Äußerung mußte jeder annehmen, daß gemeint seien die Akten Barmat, und daß es sich um privat gegebenes Geld handele. Genosse Hirsch drehte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß am Freitag dieser Woge den Hals um. Es handle sich überhaupt nicht um Geld von Barmat, sondern um eine Summe, die vor Jahren dem Genossen Hirsch zu gemeinnützigen Zwecken von privater Seite zur Verfügung gestellt und aus diesem Zweck entsprechend verwendet wurde. Dabei stellte sich heraus, daß Stoll über diese Dinge selber am besten Bescheid wußte. Denn er zitierte selber das Blatt der Akten, aus dem ganz klar hervorgeht, daß es sich nicht um eine Gabe an den Genossen Hirsch privatim, sondern um eine gemeinnützige Stiftung handelte. In der Stadtorbnetenversammlung hatte er diese Kenntnis wohlweislich verschwiegen. Man sieht an diesem Beispiel ganz besonders, wie Verleumdungen fabriziert werden!

Am Schluß der Freitagssitzung wurde der Vorsitzende Leidig abberufen, er trat den Vorsitz an seinen Stellvertreter, den Deutschnationalen Deereberg ab. Gegen die Geschäftsführung Dr. Deerebergs hat die Mehrheit des Ausschusses ihr Mißtrauen ausgesprochen. Herr Deereberg hatte darauf niedergelegt, war aber von seiner Fraktion wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt worden. Just als nun am Freitag Dr. Deereberg den Vorsitz übernahm, erinnerte man sich im Ausschuß, daß man die Mittagspause hatte ausfallen lassen und schließlich auch einmal zu Mittag essen müsse. Da es aber schon 3 Uhr geworden war und sich eine neue Tagung nach der Pause nicht lohnte, beschloß die Mehrheit Vertagung. Just, als Deereberg den Vorsitz übernahm ... Es gibt eben Zufälle!

Zum Fall Bauer.

Eine Zuschrift an den Bezirksverband.

An den Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei hat Genosse Gustav Bauer folgendes Schreiben gerichtet:

Werte Genossen! Aus dem „Vorwärts“ ersehe ich, daß der engere Vorstand beschlossen haben soll, dem erweiterten Bezirksvorstand einen Beschluß zur Annahme zu empfehlen, wonach mein Verhalten gegenüber der Partei einem so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß der engere Bezirksvorstand meine weitere Zugehörigkeit zur Partei für unmöglich hält.

Ich möchte den erweiterten Bezirksvorstand ersuchen, diesem Beschluß einstweilen nicht zuzustimmen. Der im „Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte „Amigra“-Brief ist zwar im September 1923 an mich geschrieben. Er entspricht aber nicht den Tatsachen. Ich habe mich erboten, den Beweis vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages oder des Reichstages zu erbringen. Dieser Brief bildet im wesentlichen die Grundlage für den übereilten Beschluß des Prüfungsausschusses, der die Mandatsüberlegung verlangte, und soll nun auch meinen ebenso übereilten Ausschluß aus der Partei begründen.

Ich weiß, daß infolge des unerhörten Verleumdungsfeldzuges der Rechtspresse und der Kommunisten eine starke Erregung sich der Parteigenossen bemächtigt hat und daß man leicht geneigt ist, dieser Stimmung durch recht energetisches Vorgehen gegen angeblich schuldige Rechnungen zu folgen. Beschlüsse so schwerwiegender Art sollen aber nicht stimmungsgemäß, sondern nach ruhiger, reiflicher Überlegung und reiflicher Klarstellung des Sachverhalts gefaßt werden.

Dabei bitte ich die Parteigenossen zu bedenken, daß ich seit dem 1. November 1891 organisiertes Mitglied der Partei bin und in den 33½ Jahren meiner Parteizugehörigkeit auch manches für die Partei geleistet habe, das sich sehen lassen kann.

Zunächst soll doch einmal der Abschluß der ganzen Barmat-Affäre abgewartet werden.

Ich betone nochmals, daß ich den Beweis führen werde, daß jener Brief in keinem Punkte zutreffend ist. Den Beweis zu führen muß man mir Zeit lassen, bevor der Stab über mich gebrochen werden soll. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Mit Parteigruß. gez.: Bauer.

Fein wie Butter! Billig wie Margarine!

Preis pro 1/2 kg nur 50 Pfennig!



Raminna

MARGARINE

buttergleich

Immer frisch!
Überall erhältlich!

Kinderzeitung:
„Die kleine Coco“ gratis!

Das Gehirn der Pflanze.

Von Dr. W. Bächler.

Dass bei einer Pflanze die Wurzel nach unten, in den Erden, und der Stengel nach oben wächst, weiß jedermann; er hält sie für selbstverständlich und fragt nicht weiter nach der Ursache. Sieht man aber einen Blumentopf mit einer Pflanze horizontal, und sieht man dann, wie sich nach einiger Zeit der Stengel aufwärts krümmt und die Wurzel ebenfalls eine Krümmung ausführt und in dem Topfe nach unten wächst, dann steigt die Frage nach dem Warum schon näher. Der berühmte englische Botaniker Knight hat vor etwa 120 Jahren bereits durch sinnreiche Versuche nachgewiesen, daß die Schwerkraft die Ursache dieser Krümmung ist, und Darwin mußte bereits, daß es die Wurzelspitze ist, die den Schwereempfindet und nicht ein beliebiges Teil der Wurzel. Er nannte darum die Wurzelspitze scherzhaft das „Gehirn“ der Pflanze, weil von ihr aus die Wurzel gewissermaßen den Befehl erhält, sich zu krümmen, und zwar an einer Stelle, die weiter aufwärts liegt, gerade so, wie unser Gehirn die Bewegungen unserer Gliedmaßen dirigiert. Schneidet man nämlich die Wurzelspitze ab, so fällt es der Wurzel gar nicht ein, sich zu krümmen, sie bleibt fast horizontal liegen, wächst nicht in die Länge, weil ihr die jungen Zellen der Spitze fehlen und freibt dafür Seitenwurzeln, die nach unten wachsen. Man schloß aus diesem Verhalten mit Recht, daß der durch die Spitze empfangene Reiz sich in irgendeiner Weise fortplante bis zur Krümmungszone, und die Pflanzenphysiologen beschäftigten sich in den nächsten Jahrzehnten eingehend mit der Reizleitungsfrage. Sie stellten fest, wie lange der Reiz einwirken müsse, um wirksam zu werden; sie untersuchten, wie lange es dauert, bis der Reiz an einer anderen Stelle wirksam wird, und es entstand eine unübersehbare Reihe gelehrter und ungelehrter gründlicher Arbeiten; es wurde gemessen und berechnet und mit allerlei Hypothesen und Theorien suchte man das Geheimnis der Reizschaltungen im Pflanzenreich zu enthüllen oder ihm wenigstens näherzukommen. Die berühmteste Theorie auf diesem Gebiet ist die Statolithentheorie des kürzlich 70 Jahre alt gewordenen Berliner Pflanzenphysiologen Gottlieb Haberlandt. Er konnte zeigen, daß die Stärkekörner in der äußersten Wurzelspitze beim Umlegen der Wurzel ihre Lage verändern, daß sie in der Zelle heruntersinken und dadurch einen Druck auf das Protoplasma ausüben, worauf dieses dann in einen Reizzustand versetzt wird. Durch welche Kräfte dann der Reiz weitergeleitet wird, ob durch chemische Vorgänge, durch elektrische Wellen oder durch eine andere Kraft, darüber befragt diese Theorie allerdings nichts. Aber immerhin war uns jetzt das erste Glied der „Reizkette“ kein Rätsel mehr; wir hatten einen realen Boden unter den Füßen, und gleichzeitig war durch die Statolithentheorie wieder eine Brücke geschlagen zur Tierphysiologie. Denn die sogenannten Gehörsteine niedriger Tiere sind, wie wir seit längerer Zeit wissen, auch nichts anderes als Schwerkraftsinneswerkzeuge, die mit dem Gehör nicht das mindeste zu tun haben.

Wie die Wurzelspitze verhält sich nun auch die Sproßspitze; auch sie ist ein Organ der Reizaufnahme und auch ihr kann man das Prädikat „Gehirn“ beilegen. — Für wissenschaftliche Untersuchungen benutzte man nun vielfach die Keimpflanzen des Hafers, des Weizens, der Gerste und anderer Gräser. Die jungen Keimblattscheiden, die zuerst aus dem Boden kommen, die sogenannte „Koleoptile“, hat sich als äußerst empfindlich gegen alle Reize erwiesen, und Gerstekeimlinge kann man das ganze Jahr hindurch zur Verfügung haben. Weitere Fortschritte in unserer Erkenntnis der Reizleitung wurden nun besonders an diesen „Koleoptilen“ gewonnen. So machten der Bonner Pflanzenphysiologe Fritzing und andere Forscher allerlei Einschnitte in die Koleoptilspitzen, um zu sehen, durch welche Arten von Zellen und in welcher Richtung der Reiz fortgeleitet wird. Glücklicherweise bilden wir uns ein, daß die Pflanzen keinen Schmerz fühlen, wenn man ihnen mit dem Messer zu Leibe geht; und das haben die Botaniker vor den Zoologen voraus, daß ihnen die Reflexionsgegner nicht in die Quere kommen, wenn sie nach Herzenslust mit der Pflanze verfahren, als sei sie etwas Lebloses. Man fand also, daß die verschiedenartigen Operationen die Reizleitung nicht unterbanden und man erwiderte auch schon, daß der Reiz über eine Wunde fortgepflanzt werden könne, aber man scheute sich immer noch vor dem letzten Schritt, der vollständigen Entzweiung. Zu dieser Radikalur entschloß sich schließlich der dänische Botaniker Bogen-Jensen im Laboratorium unseres größten Pflanzenphysiologen Wilhelm Pfeffer in Leipzig. Der Gedanke, einer Pflanze den Kopf abzuschneiden und ihn mit Gelatine wieder auf den Kumpf zu setzen, war in der Tat recht Kühn, denn man hatte früher als selbstverständlich angenommen, daß der Kopf mit dem

übrigen Körper in Verbindung bleiben müsse, wenn er noch etwas zu sagen haben wollte. Als nun Bogen-Jensen mitteilte, daß seine Versuche genau so ausfielen, wie wenn er den Kopf nicht abgeschnitten hätte, begegneten seine Ausführungen natürlich vielseitigem Mißtrauen, aber unser Forscher hatte Recht, und heute ist das Guillotiniere zu einer täglichen süßen Gewohnheit der sonst so antirevolutionären Botaniker geworden. Durch die Versuche Bogen-Jensens war nun bewiesen, daß es wahrscheinlich lösliche chemische Stoffe sind, die über die Wunde hinweg, durch die Gelatineschicht hindurch den Reiz übermitteln. Diese Annahme wurde fast zur Gewissheit, als man erfuhr, daß auch abgetrennte Köpfe oder nur Stücke des Kopfes, wenn sie dem Kumpf aufgesetzt werden, ihre Wirksamkeit nicht verlieren.

Deutschlands Ketter aus dem Judensumpf.



„O Tannenzapf, o Tannenzapf,
Wie schön sind deine Blätter!
Wir öffnen dir die Spalten weit.“
Du große Klau-Personlichkeit!
O Tannenzapf, o Tannenzapf,
Wie schön sind deine Blätter!“
O. K.

Aber man glaube immer noch, daß die Wurzel- und Sproßspitzen vorher gereizt werden müßten, damit sich die wirksamen Stoffe bilden könnten, und es war zu erwarten, daß man sich damit beschäftigen würde, nur zu untersuchen, ob die Reizstoffe, die durch Lichtwirkung gebildet werden, verschieden von denen sind, die z. B. durch die Schwerkraft entstehen. Es wäre ja nicht unmöglich, daß eine Spitze, die durch Licht gereizt wurde, und die man dann dem Stumpf aufsetzte, nur eine Lichtkrümmung, aber keine Schwerkraftkrümmung auslösen würde oder umgekehrt. Versuche in dieser Richtung sind aber nicht angestellt worden, weil inzwischen, vor ganz kurzer Zeit, der russische Botaniker Choldon, wiederum durch einen verwegenen Versuch, die wissenschaftliche Welt in Erstaunen setzte, durch den unsere bisherigen Vorstellungen über die Reizleitung aufs neue revolutioniert wurden. Choldon schnitt nämlich den Wurzeln ihren Kopf ab, setzte aber nicht diesen wieder auf, sondern den abgetrennten Kopf der Koleoptile, also des oberirdischen Teiles der Keimpflanze. Wenn er dann die so präparierten Wurzeln horizontal legte, dann krümmten sich die Wurzeln abwärts, wie wenn sie unverlezt wären oder wie wenn man ihnen ihren eigenen Kopf wieder aufgesetzt hätte. — Da die Koleoptilspitze nun gereizt ist wie die Wurzelspitze, so wäre es natürlich möglich gewesen, daß der Koleoptilentopf die Wurzel gezwungen hätte, nach

oben zu wachsen. Da das nun aber nicht eintrat, so folgt aus dem Versuch, daß man die Kopiarbeit der Spitze überschätzt hat und doch im Grunde genommen von der „Gehirn“tätigkeit nicht viel mehr übrig bleibt. Offenbar sind die Zellen der Krümmungzone selbst reizbar und es bedarf nur gewisser löslicher Stoffe, die in den Wurzel- oder Sproßspitzen fabriziert werden und die dann in die Krümmungzone gelangen müssen, um den Reiz wirksam zu machen. Man wird jetzt daran gehen müssen, die rätselhaften Stoffe, über die wir noch gar nichts wissen, zu erforschen. In neuerer Zeit hat man derartige uns noch unbekannte Stoffe, die an einer Stelle des Körpers entstehen und an einer anderen zur Auswirkung kommen, „Hormone“, das heißt zu deutsch Sendboten, genannt und damit wiederum versucht, einen Begriff aus der Tierphysiologie einzuführen. Ob man damit auf dem richtigen Wege ist, muß abgewartet werden. Manchmal führen derartige Vergleiche, wie wir bei den Statolithen gesehen haben, zum Fortschritt, manchmal aber auch auf Irrwege, was auch nichts schadet, denn meistens gelangen wir in der Wissenschaft, erst durch Irrtum zur Wahrheit.

Franz Kafka.

Von Armin Arthur Keffer.

Es war in den Tagen des Hochsommers, als mich die Nachricht von Franz Kafkas Tode traf. Ich befand mich damals auf einer Reise, Sommerlichter spielten in das Wagenabteil, und zu beiden Seiten breitete sich eine dampfende Erde, grünte ein junger Birkenwald vor des Juges hinstampfender Eile. In einem kleinen Koffer lag unter wenigen Büchern ein Erzählungswert Franz Kafkas. Ich erinnerte mich seiner und wollte eben danach suchen, als sich der Zug mit einmal trüger bewegte und mir die Nähe einer Umsteigestation ins Gedächtnis rief. Ich zog den Schlüssel wieder vom Kofferhülle ab und wartete, bis der Zug hielt. Auf der kleinen Station kaufte ich eine Tageszeitung, stieg in den neuen Wagon und fastete im Weiterfahren das Blatt auseinander. Unter dem Rubrik meiner Mitteilungen stand Franz Kafkas Name mit der Meldung von seinem Tode. Ich nahm es wie einen schweigenden Kommentar und versuchte — über die umflossene Zeitung hinweg — den Menschen Kafka noch einmal wie einen Lebenden zu umfassen.

Das Buch wurde an diesem Tage nicht mehr ausgepackt. Es war mir, als scharten sich die Gestalten Franz Kafkas zu einem bewegten Rund zusammen und waren eine lebende Welt für sich, indes ihr Schöpfer von uns Abschied genommen hatte.

In dieser Welt sind die Menschen mit Tiergesichtern, die Tiere aber mit des Menschen Ausdruck begabt; es ist die bestlebte Umstellung Kafkas, die zugleich eine Frage ist: findet ihr die Grenze? Kommt ihr ausruhen: „Hier beginne ich, der Mensch!“ Und wir sitzen da, von einer tragischen Tolchenspielertum gebendet, und vermögen nichts auseinanderzubalten. Da ist Gregor Samsa in der „Verwandlung“, ein Geschäftsvorfahre, still und auf seine Pflichten bedacht hat er dahingelebt, bis er eines Morgens als ungeheures Ungeziefer erwacht. Und in dieser Gestalt behält ihn die Erzählung. Kafka macht uns da ein ganz neues Lebensverständnis deutlich, er ändert die Maßstäbe und zeigt uns das Mensch-Tier mit einer erschreckenden Gemeinsamkeit des Erlebnisses. Diese Phantasie ist nicht von Edgar Allan Poe übernommen, sie ist viel beschränkter und wird nur angewandt, wo es die Wirklichkeit noch einmal zu erreichen gilt. Der verwandelte Samsa bleibt durchaus real mit seinen taubend Beinchen, die er beim Erwachen unbegrifflich um sich klammern sieht. Es ist die große Kunst Kafkas, uns seine *B e r u n d e r u n g* über das Dasein zu lehren, wo uns mit stoffendem Herzen die Traumhaftigkeit des Lebens aufgeht und uns erst der Mut für die Denkfähigkeit an der Wirklichkeit gegeben wird. Wir sind alle Schlafwandler meint Kafka und legt uns den Zweifel an aller Offenständigkeit ins Herz. Unmerklich (unauffällig) leibt in seinem Sahnbau führt er uns zu anderen Möglichkeiten; das So sein wird im *A n d e r s e i n*, wir nehmen Teil an Vorausgängen, dergleichen uns im Leben nie begegnen. Kafka aber gibt das Wunder: er macht, daß uns darob keine Rebellion antwortet, er bringt uns seiner Welt mit derselben Gläubigkeit nahe.

Kafka war ein Dichter aus Gewissen: in seiner Bestimmung wie in seiner Sprache, man weiß, daß er seine Werte nur mit Pflöcken herausgab. Er war der Sprecher der getretenen Kreatur, dem Geschöpflichen gilt seine Liebe, mag er sich den Blick eines Tieres oder die Stimme menschlicher Einsicht geben.

Derart lebte unter uns ein Dichter, dessen Werk sich weitergeben wird von Hand zu Hand, ohne daß sich heute viel am Markte breit macht, dessen Reinheit aber fast wie eine Legende annimmt.

Ueber die Kriege.

Von Anatole France.

Niemand hatte den Satz des Bodograbaden beachtet. Aber er schlug mit seinen weichen Händen auf die Lehnen seines Sessels und sagte zwischen zwei Athmoanfällen:
„Gott sei Dank sind wir ein Soldatenvolk geblieben! Hah! Wir haben den Krieg! Hah! Und wir nehmen uns nach Kampf! Hah! Wir werden uns die 1870 von den Preußen gestohlenen Uhren schon wiederholen! Hah! Hah!“
Anatole France sah ihn einen Augenblick wortlos an und sagte dann sehr ruhig:
„Ich bewundere eine so schöne Begeisterung bei einem Veteranen. Und ich bin sicher, daß, wenn das Vaterland in Gefahr wäre, alle beherzten jungen Leute ihm ihr Blut nicht vorenthalten würden. Aber man kann nicht behaupten, daß die Franzosen den Krieg lieben. Kein Volk hat jemals den Krieg geliebt. Kein Volk hat sich je auf eine Schlacht gefreut. Rechten Endes denkt die Menge nie mit Heiterkeit an einen Kampf.“
Die Vorstellungen der Historiker sind in der Hauptsache von Litus auf eine falsche Bahn gelenkt worden. Und ich glaube nicht, daß dieser Boduaner aufrichtig war. Er wußte ganz gut, daß niemand sich gern dem Tode aussetzt. Aber er sagte sich, man müsse die Moral der Römer, die zu erstarren begannen, heben, und er blähte seine wohlklingenden Perioden auf.
Die Tapferkeit, die er belungen hat, halten wir für gewöhnlich den begreiflichen Heeren zugute. Wir sind der Meinung, daß sie ihren Erfolg durch Nichtachtung der Gefahr errungen haben, und daß die unterlegenen es an Mut haben fehlen lassen. Ganz falsche Vorstellungen! Das Glück entscheidet häufig die Schlachten. Die Armeen sind meiner Meinung nach alle mittelmäßig, und keine geht mit Heiterkeit im Herzen dem Tode und den Entbehrungen entgegen.
Man hat unsere revolutionären Truppen ironisch geseiert. Der Zufall spielte mir ein sehr erbauliches Bändchen in die Hand von einem gewissen Kogieres: „Die Revolution in Neulan“. Ich besaß das Werk nicht mehr. Ich habe es hergelesen, und man hat es mir nicht zurückgebracht, ein Beweis, wie interessant es war.
Als das Vaterland in Gefahr war, hob man in Neulan wie im ganzen übrigen Frankreich Rekruten aus. Das geschah unter großen Feierlichkeiten. Der Bürgermeister ließ die Bevölkerung in der Kirche zusammenkommen, Trommelwirbel ertönten, die jungen Leute schworen zu sterben oder zu siegen, jangen das „Abschiedslied“ und brachten zum Heere auf. . . . Aber eine Woche später waren die meisten wieder in Neulan und in der Umgebung auf dem Lande. Als die Umstände sehr kritisch wurden, hielt der Bürgermeister es für richtig, abermals an die Bevölkerung zu appellieren. Er versammelte sie wieder in der Kirche. Dieselben Rekruten wurden ausgehoben . . . und kamen nach einigen Tagen wieder.
Diese Zeremonie wiederholte sich ohne erhebliche Veränderungen noch einige Male.
Endlich blieb ein einziger Bürger aus Neulan bei der Armee, ein Einziger! Er soll es bis zum General gebracht haben; ohne Zweifel mit Recht!
Ich kann mir nicht denken, daß es mit den Rekrutierungen auf dem Pont-Rouf anders gewesen ist. Wenn man seine Ergebnisse für Frankreich auf dem Pont-Rouf zeigt, so geschieht das, damit man gesehen wird. Man hat sich gezeigt, das genügt: man ist aller Verpflichtungen ledig!“
Der alte Dichter (sich räuspert): „Run, nun, mein lieber France . . . Ich verstehe Ihre Ironie nicht ganz. Militärische Tugend . . . Hah! ist glücklicherweise durchaus nicht so selten. Hah! Sie werden mir zugeben müssen, daß . . . Hah! hah! . . .“
France: „Ich gebe Ihnen gern zu, daß es Helden gibt. Sie sind es allerdings nicht immer. Der wirkliche Held besteht, daß es ihm manchmal an Mut gefehlt hat. Ich gebe zu, daß gewisse Truppen in gewissen Augenblicken der Hingebtheit schrecklichen Gefahren unerschütterlich standhalten. Aber aus allem, was wir wissen, müssen wir schließen, daß die meisten Soldaten, die eine Armee bilden, sehr an ihrem Leben hängen und es ohne Zwang niemals aufs Spiel setzen würden.“
Deswegen erschien mir das kleine Buch, von dem ich eben sprach, durchaus glaubwürdig, obwohl es zweifellos nicht die geistige Einstellung aller Franzosen während der Revolution wiedergibt. Und meine eigene Erfahrung unterstützt diese Auffassung.
Der alte Dichter: „Ihre eigene Erfahrung? . . . Hah! . . .“
France: „Gewiß. . . Ich werde Ihnen getreulich einige meiner Eindrücke als Nationalgardist während der Belagerung von Paris erzählen.“
Der Kommandant unseres Bataillons war ein dicker Gemüsehändler aus unserem Viertel. Es muß festgesetzt werden, daß es ihm an Autorität fehlte, denn er schaute sich gern.
Eines Tages erhielten wir den Befehl, an einem Ausfall teilzunehmen. Man schickte uns an die Ufer der Barne. Unser Kom-

mandant sah in seiner nie benutzten Uniform herrlich aus. Er ritt ein reizendes kleines arabisches Pferd, das er sich irgendwo beschaffen hatte und auf das er sehr stolz zu sein schien, ein kleines, ganz weißes, bezaubernd anmutiges und munteres Geschöpf. Es war so gar zu munter, zum Schaden des Gemüsehändlers. Als er das Tier tänzeln ließ, stieg es hoch, fiel auf den Rücken, begrub unseren Kommandanten unter sich und tötete ihn so.
Wir weinten ihm keine Träne nach. Wir beschloßen, Halt zu machen, uns aufzulösen und uns ins Gras zu strecken. Dort blieben wir den ganzen Vormittag und den ganzen Nachmittag liegen. Fernhin grölzte Kanonendonner. Wir hüteten uns, in seine Nähe zu kommen.
Gegen Abend sahen wir auf dem Wege längs des Flusses Schiffer rennen. Einige waren pulvergeschwärtzt. Vermundete trugen blutige Verbände. Diese Tapferen hatten sich geschlagen, aber sie hatten Besch gehabt. Was für ein Gedanke kam uns? Wir riefen: „Es lebe die Flotte!“
Dieser Ausruf, den die Matrosen für ironisch hielten, brachte sie in Harnisch. Mit aufgezacktem Bajonett wollten sie gegen uns zu rennen. Das erschien uns gefährlich. Wir verließen schleunigst den Rasen und gemauerten Boden. Da wir ausgeräut und die armen Bersolger erschöpft waren, konnten wir mühelos entkommen.
Wir marschierten wieder in Paris ein. Aber unsere lange Untätigkeit schloß auf uns, und wir hatten einen Riesen Hunger. Wir warteten mit uns fern Gewissen daraus, eine Säckerei zu plündern, die auf dem Wege lag. Glücklicherweise hatten die Besitzer noch zur Zeit stiefen können. Und wir wurden nicht zu Mördern.
So führten wir uns auf. Ich rühme mich dessen nicht, o nein, ich rühme mich dessen wirklich nicht. Aber ich gebe der Wahrheit, die ich über alles liebe, die Ehre.“
Der alte Dichter: „Das sind zweifellos außergewöhnliche Begebenheiten, hah! Und ich bin überzeugt, daß . . .“
France: „Lieber Freund, ich könnte es mir nicht verzeihen, Ihren Glouben zu erschüttern. Und glauben Sie befehle nicht, ich wollte meine Waffengefährten in Ihren Augen herabsetzen. Unsere Feinde waren wie wir. Nur wenige von ihnen waren Helden. Diese Feinde haben gesehen, wie deutsche Soldaten, die man in die Gefangenschaft schickte, geweint haben. Und warum soll man diese Tränen verspotten? Sie gälten sicherlich der Erinnerung an junge Frauen, die ihren Mann nicht wiedersehen, und an Kinder, die ihren Vater nicht mehr unarmen würden.“

(Schluß folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: La Traviata
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Die Bohème
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Charleys Tante
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Wer weint um Juckenack?
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Alt-Heidelberg
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Frühlings Erwachen
Die Komödie
Karlshofstr. 24/207
7 1/2 Uhr
Sechs Personen suchen einen Autor
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Die deutschen Kleinstädter
Theater L. & K.
8 Uhr: Wir lassen uns scheiden
Komödienhaus
8 Uhr: Heilmische Brautfahrt
Berliner Theater
7-8 Uhr: Anneliese v. Drossau
Rose-Theater
Nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell
Circus Busch
Morgen Sonntag:
2 x 3 + 7 1/2 Uhr:
2 x Fliegende Affen
2 x Indlaner
als Radwunder
Nachm. außerdem:
Für die Jugend besond. bei
Manege-Humorist
"Die lustigen Vagabunden"
6 Abenteuer
Robert & Bertram
Abends zum Schluß
Das romantische Kanengewerk
Lady Hamilton
In der Hauptrolle
Paula Busch.
Feenhafte Ausstattung!
Nurige Kassensitzplätze
Kommissionärsrat
Albert Schumann
als Gast
Kohle-Schule z. "Mephisto"
Nachm. halbe Preise!

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Mrs. Dot
Leopoldine Konstantin
Käthe Seifried, Karl
Kreuder, Euse
Berg, Kuffel, Rind
Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Frau Lohengrin
von Friedrich von Lützow
Ulrich Werber, Fritz
Strohm, Kuffel
Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Einmal
Ist keinmal
von Fritz Mack
Hans Arnsdadt
Falkenberg, Kuffel
SO. U.
8 Uhr
Varieté-Revue
Sonntags 9 30 U.
zu halben Preisen
Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
Eine galante Nacht

Komische Oper
Uhr
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pf. ois 6 Mk.)
Verkauf ununterbrochen!

Kaller-Revue 1925
Th. I. Admiralspalast
26. Woche
Allabendl. 8 1/2 Uhr
Die größte Revue d. Welt:
"Noch und Noch"
Sonntag nachm.
3 1/2 Uhr:
Die ganze Vorstellung zu halben Preisen
2. Rang 1 Mark
Central-Theater
3 Uhr: Dame Kobold
5 1/2 Uhr: Die vers. Glocke
Deutsches Opernhaus
Zu ermäßig. Preisen
7 1/2 Uhr: Die Bohème
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr:
Wild-West-Mädel
Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
Molly Weasley in
Die Frau ohne Kopf
2. u. 3. Rang: Hans Kuffel
Deutsch. Künstlertheat.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
"Riquette"
Operette von Oscar Straus
Lustspielhaus
4 Uhr: Die falsche D. wahre Jakob
Operettenhaus
am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Die verurteilte Frau
Wallner-Theat.
8 Uhr:
Pelleas und Melisande

Versuchen Sie die hervorragende neue:



Knorr-Suppen-Wurst

1 Stück = 6 Teller
feine kräftige Suppe
35 Pfg.

7 Sorten: Blumenkohl, Grünkern, Krebs, Ochsen-schwanz, Pils, Tomaten, Spargel.



Gibt der Preis das rechte Maß?
Nein, auf keinen Fall.
Billig ist nur Qualität
Deshalb kauf Erdal!

Erdal
für die Schuhpflege

Casino-Theater
Lützowstr. 17. Tägl. 8 Uhr
Der neue Schlager
Graf Koks
Posse in 3 Akten
Günstl. neu f. Berlin!
Volkstümlich. Preise II

Ernst Friedrich
spricht
15. Februar, 8 Uhr
im Rathaus
Dichtungen von
Teller, Mühsam,
Dehmel u. a.

Apollo-
Theater
8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
über 150 Mitwirkende!
Ganz kleine Eintrittspreise
Parkett 2,50 M.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntags nachm. 3 Uhr
Elle-Sänger.
Der Gipfel des Humors!
Die Buxe der Pandora!
Volkstümliche Preise.

Theater des Westens
Berl. Operngasthof
Dir.: Ewald Huth
Sonntag, d. 15. Febr.
3 Uhr: **Carmen**
m. d. ges. Ensemble
der Gr. Volksoper

Novitäten-
Spielplan!
sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Bühnen gestärkt

Conrad Müller
Spezialfabrik
Schöneberg
Lützowstr.

Unsern Gefassen Leo Dör
weil Frau die best-
schickliche zum heutigen Ge-
seitsjeffe.
Se kommen im 1. 2. u. 1. bez. 4. 7. 8. M.
Metalbetten
Stahlmatratze, Kinderbetten dir. an Priv
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 („Clou“) Mauerstraße 82
Täglich geöffnet
Vier-Uhr-Kaffee
Gesellschaftsabend / Tanz
Ausschank von Triumphator

6 große Textil-Verkaufstage

<p>Waschstoffe</p> <p>Zephir 60 cm br. in vielen Streifen 55 Pf. Perkal 60 cm breit hübsche Streifen 78 Pf. Kleider-Musseline moderne Muster 78 Pf. Foulardine 100cm br. in neuen Mustern, Mtr. 2,25, 1 95 Frotté doppeltbre., neue Streifen 1 28 Woll-Musseline viele Must. Mtr. 2,25, 1 95 Vollvoile ca. 100 cm breit, helle u. dunkle Must., Mtr. 2,95 1 95 Schweizer Voile ca. 115 cm breit 1 65</p> <p>Kleiderstoffe</p> <p>Kleider-Schotten doppeltbreit 1 10 Blusenstreifen hübsche Must. Mtr. 1,45 1 15 Rockstoffe ca. 105 cm breit, aparte Schotten und Streifen 1 78 Cheviot in vielen Farben 1 25</p>	<p>Plaidschotten in d. neuesten 2 95 Stellungen Mtr. 3,95</p> <p>Popeline doppeltbreit, in großen Farbensortirn. Mtr. 4,75 3 65</p> <p>Donegal 130 cm breit, f. Kostüm u. M. abel 3 95</p> <p>Gabardine schwere Kostümware Mtr. 9 50 6 25</p> <p>Zur Einsegnung</p> <p>Woll-Batist dopp. breit, schwarz oder weiß Meter 4,00 3 90</p> <p>Kleider - Sammet 70 cm, schwarz Meter 9,75 6 90</p> <p>Wollstoffe schwarz, weiß u. farbig, mod. Gewebe Mtr. 6,50, 4,75 3 90</p> <p>Seide</p> <p>Crepe-Marocain in den neuesten Mustern Mtr. 6,90 4 90</p> <p>Crepe-Marocain Wolle mit Seide Mtr. 7 90</p> <p>Kunstseid. Tricot 140 cm in vielen Farben Mtr. 3 95</p>	<p>Baumwollwaren</p> <p>Linon Kissenbreite Mtr. 95, 78 Pf.</p> <p>Linon Deckbettbreite Mtr. 1,25 1 65</p> <p>Inlett 60 cm breit, rot oder rot-weiß gestreift Mtr. 2,25 1 95</p> <p>Inlett 130 cm breit Mtr. 3,95 2 95</p> <p>Rein Mako ägyptische Baumwolle 60 cm breit Mtr. 1 95</p> <p>Reinl. Handtücher gesamt und gebündelt 95 Pf.</p> <p>Tischtücher Jacquard oder Damast 4,75 3 95</p> <p>Bettgarnituren Trekkbett u. 2 Kissen 9,50 7 90</p> <p>Bettgarnituren gestreift, Beistuhl, Deckbett u. 2 Kissen 11,50 12 90</p> <p>Großer Posten Fabrikreste</p> <p>Rohnessel und Waschstoffe durchweg Mtr. 68, 48 Pf.</p>	<p>Gardinen</p> <p>Gardinen-Vitrage 38 Pf. Meter 50,</p> <p>Schalgardinen Mtr. 1,25 78 Pf.</p> <p>Etamine harter, 130 cm breit Meter 95 Pf.</p> <p>Etamine-Halbstores mit Einsätzen 2,75 1 95</p> <p>Tüll-Garnitur 3teilig 1,50 3 95</p> <p>Etamine-Garnitur buntfarbig 5,50 5 90</p> <p>Etamine-Bettdecke 2teilig, mit Einsätzen 10,50 7 90</p> <p>Divandecken Gobelin und doppeltseitig Percearnatier 22,50 17 90</p> <p>Wachstuch-Decken ca. 60/100, Napkin und Bordent 30x30 1 25</p> <p>Große Posten Schlafdecken grau oder braun Serie I 1 95 Serie II 2 25</p>
--	--	---	--

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 Berlin-Moabit Turmstr. Ecke Ottobrunn